

2 DIE MILITARISIERUNG DER 1. DEUTSCHEN REPUBLIK ALS VORBEDINGUNG ZUR GRÜNDUNG DES ROTEN FRONTKÄMPFERBUNDES (RFB)

Um die Gründung des Roten Frontkämpferbundes im Juli/August 1924 angemessen einordnen zu können, ist es notwendig, einige zentrale Stationen der Militarisierung der Weimarer Nachkriegsgesellschaft kurz aufzuzeigen. Dies geschieht unter dem Vorbehalt, daß die Form militärischer Kampfverbände, die sich im Anschluß an den Ersten Weltkrieg entwickelte und in dem sich die unterschiedlichen politischen Richtungen gegenüberstanden, eine „internationale Erscheinung der Epoche darstellt“.¹ Vergleichende Studien zu diesem Themenkomplex liegen bislang nicht vor. Die wenigen Arbeiten, die sich mit militärischen bzw. paramilitärischen Formationen der Zeit 1918-1924 befassen, sind einseitig auf eine Richtung der Formation beschränkt. Eine Zusammenfassung über die militärischen Formationen und Kampfverbände der ersten sechs Jahre der Weimarer Republik existiert bis heute nicht.

Von den Arbeiten über einzelne Verbände oder Parteien (unter Einbeziehung der Verbände) ist die instruktive Arbeit von Werner T. Angress, *Die Kampfzeit der KPD 1921-1923*, hervorzuheben.² Ebenfalls übersichtlich und kritisch hat Andreas Werner die Geschichte der SA und der NSDAP 1920-1933 herausgearbeitet.³ Etwas oberflächlicher und klischeehafter sind die Arbeiten von Karl Rohe, *Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold*, und Kurt G.P. Schuster, *Der Rote Frontkämpferbund*.⁴ Die Sicht der DDR-Forschung brachte 1982 Kurt Finker zum RFB und 1987 Helga Gotschlich zum Reichsbanner.⁵ Weitere Arbeiten über rechte Verbände behandeln allgemein die Freikorps⁶ oder im Besonderen den *Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten*⁷ oder die *Brigade Ehrhardt*.⁸

¹ Vgl. Karl Rohe, *Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold*, Düsseldorf 1966, S. 5.

² Werner T. Angress, *Die Kampfzeit der KPD 1921-1923*, Düsseldorf 1973 (Dt. bearb. und erg. Ausgabe der Stillborn Revolution, Princeton 1963).

³ Andreas Werner, SA und NSDAP: „Wehrverband“, „Parteitruppe“ oder „Revolutionsarmee“?. Studien zur Geschichte der SA und der NSDAP 1920-1933. Diss. Erlangen, 1964, S. XXII.

⁴ Zu Schuster vgl. Die Einleitung, S. IX. Insbesondere steht eine umfassende Untersuchung der 'linken Milizen' in der Zeit von 1918 bis 1924 noch aus. Ebensovienig wurde eine regionale Unterscheidung auf den Mitgliederzuspruch vorgenommen. So sind die unterschiedlichen Hochburgen der einzelnen Gruppierungen in ihrem Zusammenhang nicht erforscht. Einen ersten Überblick der sozialdemokratischen Schutzformationen gibt Rohe, S. 29-43, auf den sich (soweit nicht anders angegeben) die folgenden Angaben stützen.

⁵ Zu Finker vgl. Einleitung, S. IX; Helga Gotschlich, *Zwischen Kampf und Kapitulation. Zur Geschichte des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold*, Berlin (DDR) 1987.

⁶ Hagen Schulze, *Freikorps und Republik 1918-1920*, Boppard 1969; Gerhard Schulz, *Zwischen Demokratie und Diktatur. Verfassungspolitik und Reichsreform in der Weimarer Republik*, Bd. 1: Die Periode der Konsolidierung und der Revision des Bismarckschen Reichsaufbaus 1919-1930, Berlin 1963¹; Erwin Könnemann u. Hans-Joachim Krusch, *Aktionseinheit gegen Kapp-Putsch. Der Kapp-Putsch im März 1920 und der Kampf der deutschen Arbeiterklasse sowie anderer Werktätiger gegen die Errichtung der Militärdiktatur und für demokratische Verhältnisse*, Berlin (DDR) 1972.

⁷ V. R. Berghahn, *Der Stahlhelm, Bund der Frontsoldaten 1918-1935*, hrsg. von der Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, in: *Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien*, Bd. 33, Düsseldorf 1966.

⁸ Gabriele Krüger, *Die Brigade Ehrhardt*, Hamburg 1971.

Die Eingrenzung der angeführten Arbeiten hat nicht selten zu Fehlbewertungen über die Qualität einzelner Verbände und Fehleinschätzungen über deren Entwicklung und Typologie im Verhältnis zur gesamten Verbandsstruktur und des Verhältnisses zueinander geführt. Beispielsweise stuft Schuster die sozialdemokratische *Auergarde* als „Kopie und Gegenstück der nationalsozialistischen SA“ ein,⁹ und Ruth Fischer betitelt den RFB als eine „Nachahmung des Stahlhelm und Vorläufer der SA“.¹⁰ Die bundesrepublikanische Aufarbeitung der revolutionären Traditionen in den Arbeiten der Postachtundsechziger-Generation hat nicht selten zu falschen Vorstellungen über den militärischen Anteil und seiner Einordnung geführt. Ob außerdem zu notwendige Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus der letzten Jahre zur Verharmlosung der kommunistischen Aufstandsversuche führte, wie bei Winkler, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden.¹¹

Kombinieren wir aber die Daten der Einzelstudien, so entsteht ein Szenario militärischer Kampfverbände, das unabhängig von der politischen Ausrichtung das Phänomen der Militarisation verdeutlicht, dessen Wurzeln (zumindest ein erheblicher Teil davon) im wilhelminischen Kaiserreich oder in der revolutionären Nachkriegszeit zu finden sind.

Von der Novemberrevolution zu den Nationalen Verbänden

Das Ende des 1. Weltkrieges brachte neben dem Bruch mit dem monarchistischen Staatswesen u.a. auch einen „Abbruch der Tradition einer der geschichtsmächtigsten Faktoren des Deutschen Reiches, der Armee“.¹² Die einzige Institution, der fast jeder männliche Deutsche einmal angehört hatte, das Heer, bezeichnet Elias Canetti als Massensymbol der deutschen Nation.¹³ Die Novemberrevolution des Jahres 1918 war als Resultat des Kriegsüberdusses und der Unzufriedenheit der Heimattruppen und der Marine in erster Linie eine ‘Soldatenbewegung’, die von Kiel ausgehend¹⁴ mit der Beendigung des Krieges und der schnellen Demobilisierung ihr wichtigstes Ziel erreicht hatte.

Vielfach stießen die - durch die Solidarisierung mit der Arbeiterschaft - nunmehr Arbeiter- und Soldaten-Räte, die sich als „Organe einer primitiven Selbstverwaltung“ verstanden,¹⁵ in das verfassungsrechtliche Vakuum vor und sahen ihre Aufgaben in der Aufrechterhaltung der „öffentlichen Ordnung, Überwachung der Lebensmittelfuhr, des Eisenbahnverkehrs und ähnlicher lebenswichtiger Funktionen“.¹⁶ Zu jenem Zeitpunkt hatten die Mehrheitssozialdemokraten und somit die von MSPD und USPD getragene Regierung des 10. November 1918 „das

⁹ Schuster, S. 19.

¹⁰ Ruth Fischer, *Stalin und der deutsche Kommunismus*. Berlin 1991, Bd. 2, S. 271.

¹¹ Heinrich August Winkler, *Weimar 1918-1933. Die Geschichte der ersten deutschen Demokratie*, München 1998 (durchgesehene Auflage), S. 38.

¹² Werner, S. XXII.

¹³ Elias Canetti, *Masse und Macht*, Hamburg 1960, S. 203ff. Hier nach Werner, S. XXII.

¹⁴ Zur Entwicklung der Rebellion: Winkler 1998, S. 28; ders., *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918-1924*, Berlin 1985, S. 24-36, 59-61; Wolfgang Ruge, *November Revolution*, Frankfurt am Main 1978, S. 28ff.; Richard Müller, *Die Novemberrevolution. Geschichte der deutschen Revolution Bd. 2*, Berlin 1924 (Nachdruck Berlin 1976²), S. 9f.

¹⁵ Arthur Rosenberg, *Geschichte der Weimarer Republik*, 1972¹³ (i.d. Folge als ‘Rosenberg, Geschichte,’ benannt), S. 7. Ders., S. 36 macht für die Beschleunigung der Demobilisierung die „Nähe des Weihnachtsfestes“ verantwortlich.

¹⁶ Friedrich Stampfer, *Die vierzehn Jahre der ersten deutschen Republik*, 3. Aufl., Hamburg 1953, S. 62, hier nach Angress, S. 40.

Millionenheer der deutschen Soldaten fest hinter sich“¹⁷ und verfügte über eine starke Position. „Nennenswerte militärische Formationen, in denen die Opposition von rechts oder links den Ton angab, existierten damals in Deutschland nicht.“¹⁸

Der von November 1918 bis Januar 1919 mit diktatorischer Gewalt regierende *Rat der Volksbeauftragten* konnte mit seinen Verordnungen¹⁹ nicht die schlechte wirtschaftliche Entwicklung bremsen²⁰ und brachte mit seinen Unterlassungen eine katastrophale Militärpolitik auf den Weg. Als Übergangslösung zur Rückführung und Auflösung des Feldheeres machte es zwar durchaus einen Sinn, daß die Revolutionsregierung am 11. November Groeners Bitte entsprach und die Oberste Heeresleitung (OHL) um militärische Disziplin für das gesamte Feldheer zur Aufrechterhaltung der Ordnung ersuchte.²¹ Und daß dabei die Soldaten- und Vertrauensräte unterstützend wirken mußten war ebenfalls verständlich. In der Folge unterließen es jedoch die Regierungsparteien einerseits einen Militärapparat zu installieren, der republikanisch gesinnt war und andererseits eine ebenso eingestellte „Freiwillige Volkswehr“ aufzubauen. Pläne zur Schaffung Letzterer beriet der Berliner Vollzugsrat erstmals am 16. November.²² Doch erst nachdem am 1. und 2. Dezember die Teilnehmer eines *Kongresses der Feld- und Soldatenräte* in Bad Ems einstimmig Reformen des Militärs forderten,²³ legte Ebert am 3. Dezember den Entwurf eines Gesetzes zur Bildung einer derartigen, anfänglich auf 11.000 Mann angelegten, Truppe vor.²⁴ Das Gesetz blieb jedoch zwischen dem Kriegsministerium und der OHL stecken. Letztere hatte andere Pläne. Deren zweiter Mann, nach Feldmarschall von Hindenburg, der „konservative Republikaner“ General Groener, Nachfolger von Ludendorff wollte zur Festigung der bürgerliche Gesellschaft eine neue Armee schaffen, „in der das kaiserliche Offizierskorps wieder eine Bestätigung finden konnte“.²⁵ Sein Kampf galt besonders dem Separatismus und dem Bolschewismus, als dessen vorrangigsten deutschen Repräsentanten er den Spartakusbund ausgemacht hatte. Ein scharfer Protest der OHL gegen die Beschlüsse des *Kongresses der Feld- und Soldatenräte* führte am 14. Dezember zu ersten Aufweichungen.²⁶

Nicht besser erging es einem Beschluß des *Ersten allgemeinen Kongresses der Arbeiter- und Soldatenräte*, der vom 16. bis 20. Dezember in Berlin tagte. Nachdem die 514 Delegierten²⁷ mit 344 gegen 98 Stimmen das Rätssystem als Grundlage der Verfassung abgelehnt und Wahlen zur

¹⁷ Rosenberg, Geschichte, S. 6. Vgl. auch Heinrich August Winkler, 1998, S. 38.

¹⁸ Ebd., S. 7.

¹⁹ Rosenberg, Geschichte, S. 27f. nennt beispielsweise „Verordnungen sozialpolitischer Art, unter denen die Neuregelung der Krankenversicherung besondere Bedeutung besaß“ sowie die Verordnung vom 4.1.1919, die die Arbeitgeber verpflichtete, „ihre aus dem Felde zurückgekehrten Arbeiter wieder einzustellen“.

²⁰ Ebd., S. 31 hebt als Ursache neben einer großen Anzahl an Streiks, einen „erstaunlichen Rückgang der deutschen Arbeitsleistungen“, den Kohlemangel und die starke Geldentwertung bis 1923 hervor.

²¹ Nach Winkler 1998, S. 44.

²² Winkler 1998, S. 36; Werner, S. 3; Schreiner, S. 812 gibt (ohne Quellenangabe) an, daß von sozialdemokratischer Seite am 17. November eine *Republikanische Soldatenwehr* gegründet worden war.

²³ Winkler 1998, S. 44 nennt u.a.: gleiche Ernährungsbedingungen, ein Mitwirkungsrecht der Soldatenräte bei allen wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Truppe sowie bei der Verhängung von Disziplinarstrafen und bei Beschwerden.

²⁴ Winkler 1998, S. 43.

²⁵ Rosenberg, S. 37.

²⁶ Winkler 1998, S. 44.

²⁷ Winkler 1998, S. 50 gibt an: etwa 300 MSPD, 100 USPD und der Rest parteilos oder dem linksliberalen Lager zugehörig; Angress, S. 41 nennt ein Stimmenverhältnis von 400:50; Rosenberg, S. 41 beziffert die Mitglieder des Rätekongresses auf ungefähr 450, von denen 350 auf dem Boden der Regierung standen. Er ordnete sie „im wesentlichen“ der „Industriearbeiterschaft nebst den noch nicht demobilisierten Teilen der Armee“ zu. Die führenden Personen des Spartakusbundes, Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, hatten kein Mandat erhalten.

Nationalversammlung am 19. Januar 1919 beschlossen hatte,²⁸ votierten sie einstimmig für einen Antrag Hamburger Soldatenräte zur Demokratisierung des Militärs. Doch auch die weitergehenden *Hamburger Punkte*, die u.a. die Auflösung des stehenden Heeres und den beschleunigten Aufbau einer Volkswehr vorsahen,²⁹ erfuhren eine sofortige Änderung.³⁰ Und obwohl die am 19. Januar 1919 erlassenen Ausführungsbestimmungen noch den Aufbau einer republikanischen Reichswehr ermöglicht hätten, verabschiedete die Nationalversammlung am 6. März 1919 ein Gesetz über die Bildung einer vorläufigen Reichswehr, in dem keine Spuren der militärpolitischen Entschließung des *Ersten Rätekongresses* mehr zu erkennen waren.³¹

Entlastend für die regierenden Mehrheitssozialdemokraten muß die schwierige Rolle zwischen alliierten Forderungen und politischer Willensbildung im eigenen Land gesehen werden, die von revolutionären Forderungen einerseits und von revanchistischem Denken andererseits bestimmt wurden. Das Machtmonopol des Staates war kaum ernsthaft wahrzunehmen. Das galt für die Grenzproblemen - besonders im Osten - ebenso wie für die gewalttätigen Auseinandersetzungen im Landesinneren.

Richtungsweisend für die militärische Machtstellung im Inneren waren zwei Auseinandersetzungen im Dezember 1918. Als am 6. des Monats hohe Offiziere und Beamte versuchten, Ebert als vorläufigen Reichspräsident mit diktatorischen Vollmachten einzusetzen und die Arbeiter- und Soldatenräte mit dem Berliner Vollzugsrat aufzulösen,³² kam es zur gewaltsamen Beendigung. Verhängnisvoll Auswirkungen hatte ein Vorfall, der mit der putschistischen Aktion gar nicht zusammenhing. Zwischen den in Berlin stationierten Truppen und Mitgliedern einer Demonstration des Spartakusbundes und dessen am 15. November 1918 gegründetem paramilitärischen Verband, dem *Roten Soldatenbundes* (RSB) (s. Kap. 2.1.3), kam es zu einer blutigen Auseinandersetzung.³³

Die zweite gewalttätige Auseinandersetzung gab am 23. Dezember - drei Tage nach der Schlußsitzung des Rätekongresses - der USPD den letzten Anstoß zur Aufkündigung der Koalition.³⁴ Zu den noch nicht demobilisierten Resttruppen zählte auch die ungefähr tausend Mann starke Volksmarinedivision, die in den Novembertagen nach Berlin gekommen war. Nachdem die Regierung der Volksbeauftragten angeordnet hatte, daß diese ihr Quartier im Berliner Schloß räumen und nach dem Marstallgebäude verlegen sollte, fürchteten die Matrosen um ihren Sold, den sie mit Gewalt eintreiben wollten.³⁵ Bei ersten Kampfhandlungen mit Soldaten der „regierungsloyalen“ Republikanischen Soldatenwehr wurden zwei Matrosen getötet.³⁶ Ihre Kameraden nahmen daraufhin den Stadtkommandanten von Berlin und führenden

²⁸ Winkler 1998, S. 51 ist der Meinung, daß es für „die große Mehrheit der Arbeiter“ undenkbar gewesen sei, die Errungenschaft des allgemeinen Wahlrechts (für Männer) auf Reichsebene abzuschaffen.

²⁹ Nach Winkler 1998, S. 44 u. 52 war dort u.a. gefordert worden, daß die militärische Kommandogewalt von den Volksbeauftragten ausgeübt würde, die unter Kontrolle eines neu zu wählenden Zentralrats der Arbeiter- und Soldatenräte stünde.

³⁰ Ebd. Die Beschlüsse galten nur noch für das Heimatheer und nicht mehr für das Feldheer und die Kommandogewalt verblieb ausschließlich bei den Offizieren.

³¹ Ebd.

³² Winkler 1998, S. 49 benennt „Angehörige von Ersatzbataillonen des Infanterieregiments ‘Kaiser Franz’, Matrosen der Volksmarinedivision sowie Mitglieder einer Studentenwehr“. Rosenberg, S. 40f.

³³ Winkler 1998, S. 50 gibt sechzehn Tote und zwölf schwer Verwundete bei den Linken an.

³⁴ Winkler 1998, S. 53. Die folgende Schilderung nach Rosenberg, S. 44ff.

³⁵ Rosenberg, Geschichte, S. 46. Winkler 1998, S. 53f. meint ohne weitere Erläuterungen, die Volksmarine habe sich zunehmend den Positionen der Linksradikalen angenähert.

³⁶ Winkler 1998, S. 53.

Mehrheitssozialisten, Wels, fest und mißhandelten ihn. Auf die Bitte Eberts schickte General Groener am 24. Dezember das *Kommando Lequis*, das eine Straßenschlacht gegen die Matrosen, den RSB³⁷ und der Sicherheitswehr des Polizeipräsidenten Eichhorn (USPD) für sich entscheiden konnten.³⁸

Der Vorwurf mangelnder Initiative bei der Schaffung eines Heeres, das die Republik unterstützen würde, kann nicht nur an die Adresse der Regierung gehen, sondern ist u.a. auch an den radikalen Flügel der USPD gerichtet. Mit der Schaffung eines eigenen militärischen Verbandes, dem RSB (s. Kap. 2.1.3), war das Interesse der Linken an einem demokratischen Heer unter staatlicher Kontrolle nicht mehr vorhanden. Beim teilweise aus einem Mißverständnis resultierenden Ereignis vom 6. Dezember konnten sie immerhin einen propagandistischen Erfolg erzielen. Zum einen trat der RSB als bewaffnete Schutztruppe ins Licht der Öffentlichkeit und zum anderen übten die Opfer einen „nachhaltigen Eindruck“ auf „die radikale Berliner Arbeiterschaft“ aus, die eine „Verbindung zwischen dem Putsch gegen den Vollzugsrat, der Proklamation Eberts zum Präsidenten und dem Blutbad unter Spartakusdemonstranten“ herstellten,³⁹ wodurch ein Mißtrauen gegen die Volksbeauftragten und somit die MSPD entstand. Bei den „Weihnachtskämpfen“ hatte der RSB erneut eine aktive Rolle gegen die Regierung eingenommen, und trug somit ebenfalls eine Mitverantwortung für den unvermeidlichen Hilferuf Eberts an die OHL. Daß dieser sich nun jedoch „völlig in die Hände des Militärs“ begab, war zumindest leichtfertig und besiegelte das folgenschwere politische Bündnis mit Groener.⁴⁰

Während also der Spartakusbund mit dem RSB den Aufbau einer zuverlässigen republikanischen Sicherheitswehr im Wege stand, ist den Volksbeauftragten der USPD die mangelnde Förderung eines derartigen Vorhaben vorzuhalten. So setzten die Linken in der USPD bei der Frage nach dem künftigen politischen Status der Republik auf dem Rätekongreß einen Boykott ihrer Fraktion zu den Wahlen zum Zentralrat durch, und überließen das 17 Mitglieder zählende Gremium ausschließlich den MSPD-Vertreter.⁴¹ Zwei Tage nach dem Bruch der Koalition in Berlin brachten die beiden linken Gruppierungen ihre Verantwortung in die neu gegründete *Kommunistischen Partei Deutschlands* (KPD) ein.⁴² Diese konnte von dem gewachsenen Mißtrauen gegen die MSPD profitieren. Da in der Berliner Bevölkerung häufig nur die Tatsache gesehen wurde, „daß die mehrheitssozialistischen Führer zusammen mit den Generälen eine revolutionäre Truppe vernichten wollten“⁴³ gestaltete sich die Bestattung der getöteten Matrosen „einer ungeheuren Sympathiekundgebung der linken Berliner Arbeiterschaft“ im Leichenzug trug man Schilder mit der Aufschrift:

„Des Matrosenmordes klagen wir an Ebert, Landsberg und Scheidemann“.⁴⁴

Die steigende Härte der Auseinandersetzungen wurde zur ständigen Begleiterscheinung der zunehmend in einen Bürgerkrieg übergehenden Situation.⁴⁵ Den Übergang von den Kämpfen um

³⁷ Die Beteiligung der *Roten Soldatenwehr* gibt Winkler, S. 54 ohne Quelle an. Siehe auch Kap. 2.1.3.

³⁸ Nach Winkler 1998, S. 54 gestand die Regierung der Volksmarinedivision zu, „daß sie in ihrer gegenwärtigen Stärke bestehen blieb und als Ganzes in die Republikanische Soldatenwehr eingegliedert wurde. Außerdem konnten die Matrosen durchsetzen, daß Wels seinen Rücktritt als Stadtkommandant erklärte.“

³⁹ Winkler 1998, S. 50; Rosenberg, S. 40f.

⁴⁰ Winkler 1998, S. 54.

⁴¹ Winkler 1998, S. 53.

⁴² Ebd. Die KPD setzte sich aus der Spartakusgruppe und den Internationalen Kommunisten Deutschlands zusammen - ein Resultat der Hamburger und Bremer Linksradikalen.

⁴³ Rosenberg, Geschichte, S. 46; Winkler 1998, S. 55.

⁴⁴ Rosenberg, Geschichte, S. 46.

das politische System im Dezember 1918 zu deren konsequenter Umsetzung von den Räten zum parlamentarischen System stellte die Entlassung des Berliner Polizeipräsidenten Emil Eichhorn durch den preußischen Ministerpräsidenten Hirsch am 4. Januar 1919 aufgrund der Rolle, die dieser während der „Weihnachtskämpfe“ gespielt hatte, dar. Wieder war es der RSB, der mit anderen bewaffneten Personen im Umfeld einer vom Vorstand der Berliner USPD, den Revolutionären Obleuten und der Zentrale der KPD organisierten Demonstration einen „revolutionären“ Kampf initiierte. Die Kämpfer besetzten die Druckereien des *Vorwärts*, des *Berliner Tageblatts* und *Büxensteins*, sowie die Verlagsgebäude von Mosse, Scherl, Ullstein und das Wolffsche Telegraphenbüro. Nachdem die Volksbeauftragten als erste Gegenmaßnahme mit der Ausrufung eines Generalstreiks reagierten, obsiegte die Angst vor der russischen Erfahrung der Bolschewiki. Sie griffen zu militärischen Maßnahmen, begnügten sich dabei allerdings nicht mit den sozialdemokratisch orientierten Verbänden, aus denen am 8. Januar größtenteils die Regimenter *Liebe* und *Reichstag* gebildet wurden.⁴⁶ Dazu kamen die rechtsgerichteten Freikorps mit dem *Freischützenkorps Berlin*, das sich nach dem Regierungsauftrag „Freiwillige vor!“ vom 7. Januar gebildet hatte, der 1. Gardedivision, dem großen *Freiwilligenregiment Reinhard*⁴⁷ und dem *Regiment Potsdam*, das über schwere Maschinengewehre, leichte Feldhaubitzen und Feldkanonen verfügte.⁴⁸ Letzteres begann am Morgen des 11. Januar mit dem Angriff auf den *Vorwärts* und verhielt sich den Besiegten gegenüber äußerst blutrünstig.⁴⁹ Obwohl die Regierungstruppen am gleichen Tag auch die anderen Gebäude einnahmen, marschierten die eigentlich nicht mehr benötigten Freikorps, die die OHL nach dem am 8. Januar in der Nähe Berlins stationiert hatte, unter dem Oberbefehl von General von Lüttwitz in Berlin ein. Aus ihren Reihen kamen die Mörder von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg.⁵⁰

Trotz der zwischenzeitlich vorhandenen Freikorps aus SPD-Reihen,⁵¹ griff Noske - seit dem Ausscheiden der USPD neuer Volksbeauftragter - besonders auf die Truppen der alten kaiserlichen Offiziere zurück als er in der ersten Hälfte des Jahres 1919 alle noch in der Republik vorhandene politische Macht der Räte und gewalttätige Demonstrationen niederschlug.⁵² Obwohl der kommunistische Umsturzversuch in Bremen vom 10. Januar 1919 am 4. Februar bereits in sich zusammenbrach, ließ Noske die *Division Gerstenberg* in die Hansestadt einrücken, und machte sich mitschuldig an dem dort angerichteten Blutvergießen.⁵³ Da die Regierung ab Januar 1919 die Freikorps auch in den Grenzschutzkämpfen im Osten einsetzte, half sie bei der Popularisierung der von den alten Generälen geführten Freiwilligenarmeen und der

⁴⁵ Rohe, S. 28 nennt als „Elemente eines politischen Terrors“ politische Morde, Attentate, Überfälle und Saalschlachten, die „in verschiedenen Gegenden die Agitations- und Versammlungsfreiheit einzelner politischer Gruppen erheblich beeinträchtigte“.

⁴⁶ Rohe, S. 18. Winkler 1998, S. 58 nennt einige Berliner Ersatzbataillone, Teile der *Republikanischen Soldatenwehr*, die *Charlottenburger Sicherheitswehr*, eine gerade in Leben gerufener *Freiwilliger Helferdienst der Sozialdemokratischen Partei* und die nach ihrem Formationsführer benannte *Gruppe Liebe*

⁴⁷ Winkler 1998, S. 58. Oberst Wilhelm Reinhard war später bei den Nationalsozialisten aktiv.

⁴⁸ Nacht Winkler 1998, S. 58 geriet dieser Verband, der sich später *Freikorps Potsdam* nannte, im Verlauf der Januarkämpfe immer stärker unter den Einfluß von Gardeoffizieren.

⁴⁹ Winkler 1998, S. 59 berichtet von der standrechtlichen Erschießung von fünf Parlamentären, die über die Übergabe verhandeln wollten und drei Arbeitern, die als Kurriere fungierten.

⁵⁰ Vgl. Winkler 1998, S. 60.

⁵¹ Vgl. Rosenberg, Geschichte, S. 59.

⁵² Die von Rosenberg, Geschichte, S. 76 als „Straßenexpeditionen“ bezeichneten Aktionen waren besonders im Februar und März 1919 von einer „Welle von Unruhen“ begleitet und endeten im wesentlichen am 1./2. Mai 1919 mit der Eroberung von München und dem Ende der dortigen Räterepublik.

⁵³ Winkler 1998, S. 61.

Freikorpsbewegung mit.⁵⁴ Folge dieser Politik war, daß um die Mitte des Jahres die militärische Macht von den Soldatenräten statt zur Nationalversammlung zu den Freikorps übergegangen war.

Hand in Hand mit der Machtverschiebung war eine systematische Bewaffnung der Zeitfreiwilligenregimenter und Einwohnerwehren erfolgt, die das paramilitärischen Szenario ergänzten.⁵⁵ Die, zunächst als „Selbstschutzverbände“ formierten Einwohnerwehren,⁵⁶ wurden von den Reichs- und Länderregierungen unterstützt und waren teilweise den Innenministerien als oberster Polizeibehörde unterstellt.⁵⁷ In Preußen waren sie den örtlichen Verwaltungen und Kommandobehörden angegliedert.⁵⁸ Von den politisch motivierten Einwohnerwehren, die nicht selten in regionalen Hochburgen zu finden waren, befanden sich die ‘Linken’ deutlich in der Minderheit.⁵⁹ Trotzdem fanden Konkurrenzkämpfe zwischen Bürgerwehren und ‘Gegeneinwohnerwehren’ statt. In Bayern waren die Verbände, im Gegensatz zu Preußen, auf privater Basis organisiert. Typologisch unterschieden sich die Einwohnerwehren und die akademisch geprägten Zeitfreiwilligenverbände von den Freikorps im wesentlichen dadurch, daß sie nicht ständig unter Waffen standen und ihr Aufgabengebiet hauptsächlich in der Wahrnehmung lokaler oder regionaler Ordnungsfunktionen sahen. Nach Annahme der Verfassung im August 1919 war der Winter 1919/20 von der Bildung der provisorischen Reichswehr sowie militärischen Operationen in den baltischen Gebieten geprägt.⁶⁰ Wie die Freikorps gerieten auch die Einwohnerwehren zunehmend in das völkisch-nationalistische Fahrwasser, weshalb sich sozialistische Gruppierungen mehr und mehr zurückzogen und das ‘Feld’ preisgaben.⁶¹

Für die nationalen Milizen übertrug sich das Feindbild des Spartakus zunehmend auf die Republik und die sie tragenden Kräfte, nachdem die erhoffte Erneuerung des vielberufenen ‘Geistes’ vom August des Jahres 1914 durch einen „befreienden Aufschwung aller nationalen Kräfte“ ausgeblieben war.⁶² Der folgende Prozeß wachsender Distanzierung vom Weimarer Staat und seines politischen Ideenguts stellte den Beginn des ‘Neuen Nationalismus’ dar, dessen organisatorische Träger die Kampfbünde wurden.⁶³ Beschleunigt wurde dieser Prozeß durch die folgenden halbherzigen Auflösungsversuche, die bei vielen Mitgliedern der nationalen Verbände das Gefühl des ‘Verratenseins’ noch verstärkten und sie deshalb den Kampf gegen die Republik erst recht aufnehmen ließ.⁶⁴ Die Phase der Umwandlung der Freikorps in die Wehrverbände stellt somit den Beginn der Zeit des aktiven Putschismus dar, der die Wiederherstellung des ‘alten’ Zustandes im Sinne einstiger „deutscher Macht und Größe“ anstrebte.⁶⁵ Auf Seiten der Rechten ergaben sich für die Mitglieder der Freikorps, die nicht in die Reichswehr oder die Landespolizei

54 Werner, S. XXIV.

55 Rosenberg, Geschichte, S. 64f.; Werner, S. 3ff.

56 S. Werner, S. 3ff + Anm. 5.

57 Werner, S. 5.

58 Nach Werner, S. 6 wurden die preußischen Einwohnerwehren ebenso von der Landesregierung, den Kreistagen und Privatkonten finanziert.

59 Die folgenden Ausführungen nach Rohe, S. 20f., der hier beispielhaft auf Sachsen verweist.

60 Angress, S. 60.

61 S. Werner, S. 6.

62 So Franz Seldte auf der Gründungssitzung des Stahlhelms am 25. November 1918 in Magdeburg, abgedruckt in: *Der Stahlhelm, Erinnerungen und Bilder*, S. 26 (Hier nach Rohe, S. 24f.).

63 S. Rohe, S. 21.

64 S. Werner, S. XXIV.

65 Werner, S. XXIV; Rohe, S. 24 verweist in diesem Zusammenhang auf die überwiegend vergeblichen Versuche der Berliner Zentralstelle für Einwohnerwehren, die Verbände „zu positiver Aufbauarbeit“ zusammenzubringen.

übernommen wurden und sich der Verfügung nicht beugen wollten, nur zwei Möglichkeiten: Entweder sie formierten sich als illegaler paramilitärischer Verband oder vollzogen mit ihrem Verband, „oft nach einer Gärungszeit voller Diktaturkonzepte und aktiver Putschbeteiligung, sehr bewußt den Schritt vom Freikorps zum äußerlich unangreifbaren ‘nationalen Bund’.“⁶⁶ Repräsentativ für diese Entwicklung sind die Bünde *Oberland*, *Wiking* und in „gewisser Weise“ der *Jungdeutsche Orden* (Jungdo), der, ähnlich wie der Stahlhelm, als politischer Gesinnungsverband mit weitergesteckten Zielsetzungen von Anfang an „mehr sein sollte als eine Zweckvereinigung auf Zeit.“⁶⁷

Die Entwaffnungsbestimmungen des Versailler Vertragswerkes⁶⁸ (Teil V, Art. 159ff.) sahen ein Berufsheer mit 12jähriger Dienstzeit und einem Höchstbestand von 100.000 Mann, sowie 15.000 Marinesoldaten vor.⁶⁹ Das hierin enthaltene Verbot der allgemeinen Wehrpflicht brachte, neben einem erheblichen Eingriff in das gesellschaftliche Leben, ein zusätzliches Frustrationserlebnis für die betroffenen Soldaten. Angress weist daraufhin, daß bei der Rekrutierung des neuen Freiwilligenheeres von den Militärbehörden darauf geachtet wurde, daß die „Rekrutierungen hauptsächlich in den traditionell konservativen ländlichen Gebieten des Reichs“ vorgenommen und so „in der Regel Juden, Sozialisten, Kommunisten und sogar Männer mit ausgesprochen demokratischer Einstellung aus dem Heer herausgehalten wurden.“⁷⁰ Die Forderungen der Alliierten nach Auflösung der paramilitärischen Verbände wurden lange Zeit von den Rechten konterkariert. Eine erste an die Freikorps gerichtete Auflösungsverfügung vom März 1920 stand in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Kapp-Putsch vom 13. März.⁷¹ Noch am 7. April 1920 forderte die Interalliierte Militär-Kontrollkommission in einer Note von der deutschen Regierung die Auflösung aller Einwohnerwehren, da deren Bestehen gegen die Abrüstungsklausel des Friedensvertrages verstoße.⁷² Die Instruktion des Innenministeriums an alle deutschen Länderregierungen, dieser Forderung nachzukommen, wurde vom bayerischen Ministerpräsidenten abgelehnt. Statt dessen regte er die Bildung eines Gesamtverbandes der Einwohnerwehren an und trug somit zur ersten Großblockbildung der ‘nationalen Kräfte’ im Mai 1920 bei. Die neue Formation wurde nach seinem Gründer, dem Forstrat Dr. Georg Escherich, *Organisation Escherich* (Orgesch) genannt.⁷³ Als Unterorganisation fungierte die *Organisation Kanzler* (Orka), nach Escherichs Stellvertreter Rudolf Kanzler benannt, in den Gebieten Südbayerns und Österreichs.⁷⁴ Auf der Konferenz in Spa im Juni 1920 bestanden die Alliierten darauf, alle paramilitärischen Organisationen aufzulösen. Die wiederholt vorgetragene

⁶⁶ Rohe, S. 23.

⁶⁷ Rohe, S. 23f.

⁶⁸ Die Unterzeichnung des Versailler Vertrages war am 22.6.1919 von der Nationalversammlung gebilligt worden. Am 28.6. wurde der Vertrag unterzeichnet und trat am 20.1.1920 in Kraft.

⁶⁹ Vgl. dtv-Lexikon, Bd. 19, S. 194f., München 1980. Darüber hinaus wurde die Marine auf 6 Panzerschiffe, 6 kleine Kreuzer, 12 Zerstörer und 12 Torpedoboote beschränkt. Unterseeboote, Luftwaffen, schwere Waffen usw. wurden verboten. Fast alle Befestigungen waren zu schleifen. Zur Überwachung wurde eine Militärkontrolle festgesetzt (Art. 203ff.). Der Abbau des Reichsheeres mußte bis zum 1. Oktober 1920 auf 150.000 Mann und bis zum 1. Januar 1921 auf 100.000 Mann vollzogen sein (vgl. Werner, S. 17).

⁷⁰ Angress, S. 379 mit weiterer Literatur.

⁷¹ Vgl. Werner, S. XXIV. Rohe, S. 21 weist darauf hin, daß die „Einstufung des Kapp-Putsches als ‘reaktionäres’ Unternehmen“ später „eines der typischen Merkmale des ‘neuen Nationalismus’ war.“

⁷² S. Angress, S. 115.

⁷³ S. Werner, S. 15ff. u. S. 25ff. Nach Angress, S. 115 hatte Escherich die bayerischen Einwohnerwehren seit ihrer Gründung geführt.

⁷⁴ S. Werner, S. 15 u. 26. Die *Orka* stand mit halb-militärischen Rechtsverbänden Österreichs und Ungarns in Verbindung. Zum Selbstverständnis s. Rohe, S. 26 u. Werner S. 25.

Forderung, die von der Regierung an die einzelnen Staaten weitergegeben wurde, zeigte am 1. November mit einem Verbot der Orgesch in ganz Preußen Wirkung.⁷⁵ Erst im Juni 1921 wurde die Organisation entwaffnet und aufgelöst.⁷⁶ Nachdem die Alliiertenkonferenz in Paris am 29. Januar 1921 eine letzte Verfügung erlassen hatte, nach der die Auflösung aller paramilitärischen Verbände bis zum 30. Juni durchzuführen sei, traten am 5. Februar die Ministerpräsidenten der deutschen Länder zu einer Konferenz in Berlin zusammen. Da Bayern an seiner Verzögerungstaktik festhielt, legte die Regierung am 12. März dem Reichsrat, der Vertretung der einzelnen Länder, einen Gesetzentwurf vor, der die allgemeine Entwaffnung in Übereinstimmung mit den Artikeln 177 und 178 des Friedensvertrages regelte.⁷⁷

Die Besetzung des Ruhrgebiets durch französische und belgische Truppen am 19. Januar 1923 führte auf Seiten der Rechten zu einer Reaktivierung der 1921 aufgelösten Freikorps. Praktisch über Nacht entstanden neue Verbände, die Mitglieder in das besetzte Gebiet schleusten und eine rege Untergrundtätigkeit begannen.⁷⁸ Die „Politik des passiven Widerstandes“⁷⁹ stand im Zeichen einer neuen nationalen Einigkeit, innerhalb derer die Regierung Cuno unter Umgehung des Versailler Vertrages begann Maßnahmen zu ergreifen, die die Verteidigungskraft - vor allen Dingen an den Ostgrenzen - stärken sollten.⁸⁰ Sie ermächtigte die Reichswehr zur Ausbildung sogenannter Zeitfreiwilliger und zur Aufstellung von Arbeitskommandos.⁸¹ Während erstere meist aus studentischen Kreisen stammten, waren letztere hauptsächlich ehemalige Soldaten. Mit der Einstellung des passiven Widerstands am 26. September verhängte Ebert den Ausnahmezustand über ganz Deutschland. Die vollziehende Gewalt übertrug er dem Reichswehrminister Otto Geßler, der seinerseits sofort sieben Kommandeure der verschiedenen Wehrkreise zu Trägern der vollziehenden Gewalt ernannte.⁸²

Werner sieht eine „Abgrenzung und Definition der einzelnen Verbandstypen“ der politischen ‘Rechten’ als „typologisch nicht in eindeutiger Weise zu bestimmen“ und unterscheidet: Nationale Verbände, Völkische Verbände, Frontkämpfervereinigungen, Soldatenverbände, Selbstschutzverbände, Freikorps, Vaterländische Verbände, Politische Kampfverbände, Politische Bünde und Orden. Neben den nationalistischen und völkischen Verbänden, die er als ein Erbe der letzten Dezennien des 19. Jahrhunderts bezeichnet,⁸³ führt er als Sondergruppe die Vaterländischen Verbände und Vereine an, die zum Teil erst nach 1918 als Folge des Zusammenbruchs entstanden.

⁷⁵ Angress, S. 118. Rohe, S. 26 weist darauf hin, daß von einer Anweisung zu einer energischen Vorgehensweise gegen die Orgesch des preußischen Innenministers Severing v. 15.8.1920 an die Oberpräsidenten lediglich die von Ostpreußen und Oberschlesien ausgenommen waren.

⁷⁶ S. Angress, S. 118.

⁷⁷ Angress, S. 152. Nach einer Überarbeitung wurde das Gesetz am 19. März 1921 rechtskräftig.

⁷⁸ Der spektakulärste Sabotageakt war die Sprengung der Eisenbahnbrücke bei Kalkum am 15. März 1923 von der Freikorpseinheit *Organisation Heinz* unter der Führung von Albert Leo Schlageter. (S. Angress, S. 319.)

⁷⁹ Angress, S. 316f. Winkler, S. 188ff.

⁸⁰ Zu den Umgehungen des Versailler-Vertrags gehörte bereits die Zusammenarbeit zwischen der Reichswehr und der Roten Armee seit September 1921 (vgl. Winkler, S. 170ff.).

⁸¹ S. Angress, S. 318. Neben Heeresmitteln beteiligten sich auch Industrielle und konservative Gutsbesitzer an der Finanzierung.

⁸² S. ebd., S. 415.

⁸³ Als besonders typische Beispiele „primär nationalistisch“ ausgerichteter Verbände nennt Werner, S. XX u.a.: den 1891 gegründeten *Alldeutschen Verband*, den *Deutschen Wehrverein*, den *Deutschen Flottenverein*, den *Deutschen Kolonialverein*, den *Junddeutschland-Bund*; als „in erster Linie völkisch und zugleich stärker antisemitisch orientiert“: den *Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbund*, den *Ostara-Kreis*, den *Junggermanen-Bund nordischer Jugend*.

Die radikalen Kräfte der Rechten wie der Linken hatten Zulauf bekommen und konzentrierten sich auf bestimmte Regionen der Republik. Neben den linken Bastionen Sachsen und Thüringen war es auf der Rechten besonders Bayern. Nachdem sich dort die Affäre weiter zuspitzt hatte, entthob der Reichswehrminister General von Lossow seines Kommandos und ernannte General Kress von Kressenstein zu dessen vorläufigen Nachfolger. Von Kahr erklärte diese Anordnung für null und nichtig und ernannte von Lossow zum Landeskommandanten der bayerischen Heereskontingente, die am 22. Oktober einen Treueeid auf den bayerischen Staat leisteten.⁸⁴ Von Kahr verbot außerdem jegliche Streiks und die sozialistischen Arbeiterwehren.⁸⁵ In diese gespannte Situation hinein kam es am 9. November zum Hitlerputsch in München.

Die anfänglich unbedeutende *Nationalsozialistische Sturmabteilung* (SA) verzeichnete die typische Entwicklung einer rechten Organisation jener Epoche. Sie wuchs durch die Aufnahme starker Kontingente anderer Formationen wie der *Marinebrigade Ehrhard*, des *Freikorps Epp* und des *Freikorps Oberland* und in ihrer Führungsschicht wies sie einen hohen Prozentsatz ehemaliger Freikorpskämpfer auf.⁸⁶ Ihren Vorläufer hatte sie in einem uniformierten Ordnerdienst („am linken Oberarm rote Binden, an denen auf weißer Scheibe das Hakenkreuz angebracht“ war),⁸⁷ der am 24. Februar 1920, bei der ersten größeren Versammlung der *Deutsche Arbeiter-Partei* (DAP) im Münchner Hofbräuhaus aufgetreten war.⁸⁸ Die von A. Drexler im Januar 1919 in München gegründete politische Gruppierung war an jenem Tag in *Nationalsozialistische Deutsche Arbeiter-Partei* (NSDAP) umbenannt worden.⁸⁹ Mit der Gründung bzw. Umbenennung der Ordnertruppe am 12. November 1920 in *Turn- und Sportabteilung* wurde das Aufgabengebiet erweitert. Zu Beginn des Jahres 1921 begann der organisatorische Aufbau in ‘Gruppen’ und ‘Züge’, und bis zum Sommer hatte sich die Bezeichnung *Sturmabteilung* (SA) eingebürgert.⁹⁰

Während die Einigung mit den Alliierten (Dawes-Plan) zusammen mit der Gründung einer ‘Rentenbank’ und der Ausgabe der ‘Rentenmark’ am 16. November ökonomische Stabilität brachte,⁹¹ führte die Niederschlagungen der Aufstandsversuche von links und rechts zu einer relativen Beruhigung des politischen Klimas. Das Verbot der NSDAP, der KPD und der *Deutsch-Völkischen Freiheitspartei* durch von Seeckt am 23. November, dem Tag, an dem das Kabinett Stresemann zurücktrat, tat sein übriges.⁹² Die veränderte politische Landschaft hatte Auswirkungen auf die Organisationsstruktur der Verbände. So wurde auf beiden Seiten die Entwicklung zu größeren, zentralistisch organisierten Verbänden in enger Bindung an politische Parteien gefördert. Diese Kampfverbände neuen Typs unterschieden sich in erster Linie darin, ob sie lediglich mit einer Partei verbunden waren wie RFB und SA oder mit mehreren wie RB oder der *Stahlhelm*.

⁸⁴ S. ebd., S. 449f. und S. 490.

⁸⁵ S. ebd., S. 449f.

⁸⁶ Rohe, S. 23.

⁸⁷ V.f.Z., 11. Jg. 1963/3, S. 317. Dok. 13: *Versamlungsbericht v. 5.9.1920*, nach Werner, S. 21.

⁸⁸ S. Werner, S. 20; ders. S. 5 stellt einen Zusammenhang zwischen der ersten nachweisbaren Zusammensetzung dieser Ordnertruppe, die er fälschlicherweise bereits als *SA-Gruppe* bezeichnet und „den Wochen und Monaten des Kampfes um die Auflösung der Einwohnerwehren“ her.

⁸⁹ S. Werner, S. 19ff.; s. auch Hilde Kammer, Elisabet Bartsch, *Nationalsozialismus. Begriffe aus der Zeit der Gewaltherrschaft 1933-1945*, Reinbeck bei Hamburg, 1992, S. 135-141; DTV-Lexikon, Bd. 13, S. 59ff., München 1980.

⁹⁰ S. Werner, S. 21.

⁹¹ Angress, S. 496.

⁹² Angress, S. 497.

Sozialdemokratische Schutz- und Kampfformationen vor 1924⁹³

Obwohl eine parteipolitische Einordnung in den Anfangsjahren der Weimarer Republik äußerst schwierig ist, ist davon auszugehen, daß die Mehrzahl der Mitglieder der in den Jahren 1918 und 1919 vielerorts entstandenen 'republikanischen' Wachregimenter und Sicherheitswehren sozialdemokratisch oder sozialistisch eingestellt war. Ein Teil der nicht in den Berufsalltag zurückgekehrten ging in die Reichswehr oder wurden in die Länderpolizei übernommen.

Darüber hinaus gab bereits vor 1920 sozialdemokratischen Schutzorganisationen,⁹⁴ deren Aufgabe darin bestand die Parteispitzen abzuschirmen sowie in Versammlungen und Parteiunternehmen ordnend und schützend zu agieren. In Schleswig-Holstein bildete sich nach ihrer offiziellen Auflösung ein Netz von Vertrauensleuten, die Verbindung mit Gleichgesinnten in Mecklenburg und den benachbarten Hansestädten aufnahmen. Hieraus trat 1922 die *Vereinigung Republik* an die Öffentlichkeit.

Die dezentral organisierten Verbände waren in ihrer Bedeutung sehr von den regionalen Bedingungen abhängig. Eine der bekanntesten sozialdemokratischen Formaten war die am 10. November 1921 in München gegründete *Auergarde*, auch *Sicherheitsabteilung der Sozialdemokratischen Partei* (SA) genannt.⁹⁵ Ähnliche Saalschutzformationen der Partei bestanden ab 1922-23 „vorzüglich in Süddeutschland, in Stuttgart und Nürnberg, aber auch in Magdeburg, Hamburg und Königsberg“,⁹⁶ die aber lokale Erscheinungen blieben. Der 1922/23 in Hessen-Kassel entstandene *Sozialdemokratische Ordnungsdienst* (SOD) verfügte über einen eigenen Nachrichtendienst um die 'Nationalen Bünde' am Ort zu überwachen. Der *Republikanische Reichsbund* in Braunschweig und Hannover⁹⁷ zeigte immerhin einen Zusammenhang über zwei Städte und *Republikanischer Schutzbund* in Sorau in der Lausitz trat beim Kapp-Putsch als bewaffnete Formation in Erscheinung.

Das große Krisenjahr der Weimarer Republik 1923 wurde zum „Jahr der Blüte für die sozialdemokratischen Wehrformationen“, die erst seit diesem Zeitpunkt „eine nennenswerte Stärke und Schlagkraft“ gewannen.⁹⁸ Außer den 'proletarischen Abwehrorganisationen' in Sachsen und Thüringen (s. Kap. 2.1.3) gab es Verbände in Württemberg (die sogenannte *Wandervereinigung Schwabenland*), Franken mit Schwerpunkt Nürnberg (*Sozialdemokratischer Ordnungsdienstes* [SOD]),⁹⁹ Liegnitz (*Neuer Stahlhelm, Bund republikanischer Frontkämpfer*),¹⁰⁰ Oberschlesien *Republikanische Arbeiterwehren*, in Ostpreußen mit Marienwerder und Königsberg (*Republikanischer Frontkämpferbund*)¹⁰¹. In Stettin (Pommern) verfügte der *Bebelbund* mit 800

⁹³ Die folgenden Angaben stützen sich (soweit nicht anders angegeben) auf Rohe, S. 29-43.

⁹⁴ Schutzorganisationen anderer Parteien waren z.B. ein aus Mitgliedern der DDP zusammengesetzter *Republikanischer Ring* sowie ein *Bund jüdischer Frontsoldaten*.

⁹⁵ Schuster, S. 19 gibt als Zeitpunkt der Gründung 1920 an.

⁹⁶ Schuster, S. 20.

⁹⁷ Die dortige Ortsgruppe bezeichnet Rohe, S. 30 als einen *Zusammenschluß republikanisch gesinnter Intelligenz*.

⁹⁸ Rohe, S. 39. Schuster, S. 20 nennt ähnliche Saalschutzformationen der Partei ab 1922-23 „vorzüglich in Süddeutschland, in Stuttgart und Nürnberg, aber auch in Magdeburg, Hamburg und Königsberg“, die aber lokale Erscheinungen geblieben seien.

⁹⁹ Anlaß war lt. Rohe, S. 32, eine Versammlung mit dem Pazifisten Helmut von Gerlach.

¹⁰⁰ „Diese Organisation breitete sich schnell von Liegnitz auf die umliegenden Kreise aus und umfaßte nach wenigen Monaten rund 7000 Mitglieder.“ (Rohe, S. 31)

¹⁰¹ Rohe, S. 32 verweist auf die „überparteiliche Struktur“ ostpreußischer Formationen (Für Königsberg nennt er z.B. den sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Dr. Lübbring, den Stadtarzt Dr. Gentzer DDP sowie den Kaufmann Otto Zentrum) und ihr betont nationales und frontsoldatisches Auftreten, „das gerade in Ostpreußen, sofern man bei

sozialdemokratischen Kriegsteilnehmern über eine straffe militärische Formation. Trotzdem wurden im Herbst des Jahres die militärischen Schwächen der Linken deutlich. Das Scheitern des Hitlerputsches vom 8./9. November 1923 offenbarte kaum republikanische Stärke, vielmehr demonstrierte es die Uneinigkeit der 'Reaktion'. Vor allem zeigte es Gegnern wie Befürwortern einer sozialdemokratischen Wehrbewegung deren eigene Zersplitterung¹⁰² und wurde zur entscheidenden Argumentationshilfe bei der Schaffung eines zentralistisch organisierten Verbandes. Darüber hinaus machten diverse Entwaffnungsbestimmungen und Verbote¹⁰³ auch bei den sozialdemokratischen Formationen eine Verbandsreform notwendig.

Als am 22. Februar 1924 das *Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Bund der republikanischen Kriegsteilnehmer e.V.* in Magdeburg gegründet wurde, existierte also bereits ein 'Führerkorps', das „seine Erfahrungen in den Dienst“ des neuen Verbandes stellen konnte.¹⁰⁴ Die Stadt in der preußischen Provinz Sachsen war mit gutem Grund als Ausgangspunkt einer überregionalen Wehrorganisation gewählt worden. Während sich dort 1921 die Befürworter einer Schutztruppe innerhalb der Partei noch nicht durchsetzen konnten, führte 1922 ein Beschluß des sozialdemokratischen Ortsvereins zur Schaffung eines eigenen militärischen Verbandes.¹⁰⁵ Dieser marschierte am 19. April 1923 mit 1.500 Mann, noch als Sportverein getarnt und namenlos, straff formiert und einheitlich gekleidet vor dem Magdeburger Dom und dem amtierenden Oberpräsidenten Hörsing auf. Seitdem breitete sich die nach Wohnvierteln und Betrieben organisierte Truppe unter dem Namen *Republikanische Notwehr* in der preußischen Provinz Sachsen aus. Ihr Ziel war, die Republik gegen Feinde von 'rechts' wie von 'links' zu verteidigen, dies sollte aber nur auf den Ruf der Regierung hin geschehen.¹⁰⁶ Der Küstriner Reichswehrputsch führte im Oktober zu direkten Verhandlungen zwischen Hörsing und Berliner Stellen über den Ausbau der *Republikanischen Notwehr* und darüber, „in welchem Umfang die damals angeblich 25.000 Mann umfassende Notwehr zur Verstärkung der preußischen Polizei und der Reichswehr Verwendung finden könne“.¹⁰⁷

Kommunistische Schutz- und Kampfformationen vor 1924

Auf die vermutlich erste Formation mit militärischen Zielen und Vorgehensweisen auf Seiten der Linken weist Schreiner hin. Eine Gruppe im Umfeld der Berliner Obleute, die *Schwarze Katzen* genannt wurde, war nach den Januarstreiks 1918 gebildet worden, um „sich mit der syste-

der Bevölkerung 'ankommen' wollte, eine unabdingbare Notwendigkeit war.“

¹⁰² Rohe, S. 40 (Anm. 4) verweist u.a. auf die Ausführungen Höltermanns auf einer Tagung antifaschistischer Kampfverbände in Wien am 12. 7.1926.

¹⁰³ Rohe, S. 29 (Anm. 2) m. weiterer Lit. Die *Wandervereinigung Schwabenland* wurde lt. Rohe, S.32, 1923 vom damaligen württembergischen Innenminister Dr. Bolz wegen ihres militärischen Charakters verboten. Ebenso erging es der sozialdemokratischen SA-Bewegung in Niederbayern, wie auch dem fränkischen SOD (nach einer Auflösungsorder des Generalstaatskommissars von Kahr vom 30. September 1923). Am 13. Oktober wurden auch die *Proletarischen Hundertschaften* vom Leiter des Wehrkreiskommandos Dresden verboten. Nach der Reichsexekution vom 29. Oktober lösten sie sich allmählich auf (Rohe, S. 34).

¹⁰⁴ Vgl. Rohe, S. 39.

¹⁰⁵ Rohe, S. 39 gibt den sozialdemokratischen Bezirkssekretär Gustav Ferl, den Rechtsanwalt Dr. Horst Baerensprung und vor allem Karl Höltermann als treibende Kräfte an.

¹⁰⁶ Rohe, S. 40.

¹⁰⁷ Lt. Rohe, S. 41 weiter: „Kurz vor dem 9. November wurden dann geringe Kontingente als Zeitfreiwillige in die Reichswehr sowie 1200 Mann in die preußische Schutzpolizei überführt.“

matischen Beschaffung von Waffen und der Anlage illegaler Waffenlager“ zu befassen.¹⁰⁸ Über Aktivitäten der Gruppe ist weiter nichts bekannt.

Am 7. Oktober des gleichen Jahres beschloß die Spartakusgruppe¹⁰⁹ auf ihrer Reichskonferenz zusammen mit den Bremer *Linksradikalen*¹¹⁰ „die Bildung illegaler Kampfgruppen und die Beschaffung von Waffen“.¹¹¹ Vorbild war die russische Rote Armee. Theoretische Grundlage bildete das im Oktober 1917 in deutscher Sprache verfaßte *Militärprogramm der proletarischen Revolution* Lenins,¹¹² das „durch die in Deutschland illegal vertriebene *Jugendinternationale* bekannt“ geworden ist und „entscheidend zur Neuorientierung der militärpolitischen Arbeit der Spartakusgruppe“ beitrug.¹¹³ Knapp einen Monat später, am 9. November, hatte sich der Gedanke bei Karl Liebknecht erweitert, als er im Zuge der Ausrufung einer *Sozialistischen Republik Deutschland*, unterstützt von Leutnant Dorrenbach auch die Gründung einer Roten Garde anvisierte.¹¹⁴ Am darauffolgenden Tag wollte die Spartakusgruppe in der *Roten Fahne* mit einem *Aktionsprogramm der Revolution* die „Soldaten an die Revolution“ führen und „zu ihren Stützen“ machen.¹¹⁵ Nachdem jedoch die Vollversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte am gleichen Tag ihre bewaffnete Macht mehrheitlich den Mehrheitssozialdemokraten und sich am Abend auch der neue Generalquartiermeister Groener mit den Resten der alten Armee der neuen Regierung zur Verfügung stellte,¹¹⁶ wurde ein weiterer Aufruf des *Vollzugsrates der Arbeiter- und Soldatenräte* in Berlin vom 12. November zur Bildung einer Roten Garde am darauffolgenden Tag widerrufen.

Am 15. November, vier Tage nachdem sich die Linke um Rosa Luxemburg offiziell den Namen *Spartakusbund* gegeben hatte, gründete dessen Zentrale den *Roten Soldatenbund*

¹⁰⁸ Albert Schreiner *Der Rote Soldatenbund*. In: Beiträge zur Geschichte der (deutschen) Arbeiterbewegung, 1960, S. 811 nennt als „Initiatoren und Hauptträger dieser Arbeit“ die Spartakusgruppe.

Die *Revolutionären Obleute* hatten sich im ersten Kriegsjahr aus oppositionellen Funktionären der Berliner Eisen-, Metall- und Revolverdreher gebildet; s. Angress, S.35/Anm. 19; Winkler, S. 37.

¹⁰⁹ Die *Radikale Linke* innerhalb der SPD bezeichnete sich seit 1915 nach einer Zeitschrift *Gruppe Internationale*. Nach der Herausgabe der *Spartakusbriefe* von Rosa Luxemburg im Herbst 1916 wurde zunehmend die Bezeichnung *Spartakusgruppe* geläufig. Vgl. auch Angress, S. 24f.; ders., S. 42 beziffert die Mitglieder 1918 nach unterschiedlichen Schätzungen auf mehrere Hundert bis zu mehreren Tausend.

¹¹⁰ Als die *Linksradikalen* wurde eine dritte Gruppe der äußeren linken Szene bezeichnet. Ihr Schwergewicht lag in Bremen unter der Führung von Johann Knief und Paul Frölich (Zeitschrift ‘Arbeiterpolitik’). Sie standen besonders den russischen Bolschewisten nahe und hatten durch Radek, der lange in Bremen gelebt hatte, Verbindungen zur russischen Führungsschicht (Vgl. Angress, S.35f und passim; ebenso Ruth Fischer, passim). Eine wichtige Dependence befand sich in Hamburg, geführt von Heinrich Laufenberg. Ab November 1918 nannten sich die *Linksradikalen* in Anlehnung an Marx’ Kommunistisches Manifest *Internationale Kommunisten Deutschlands*.

Die Bezeichnungen ‘Linke’, ‘linksradikal’ usw. haben sich für bestimmte Gruppierungen (wie z.B. bei den Bremern oder später bei der Gruppe um Ruth Fischer und Arkadi Maslow) eingebürgert und als feststehende Begriffe etabliert, so daß der Autor sie ebenfalls in diesem Sinne verwendet. Über eine konkrete politische Zielsetzung sagt diese Bezeichnung allerdings nichts aus. Kennzeichnend ist häufig nur eine radikalere bzw. andere Vorgehensweise.

¹¹¹ Schreiner, S. 812; s. auch Grau, S. 719.

¹¹² S. Schreiner, S. 811f.

¹¹³ Ebd., Schreiner berichtet, er selbst habe sich damals zusätzlich mit den militärischen Schriften von Engels, Mehring, Clausewitz und Delbrück „vertraut“ gemacht.

¹¹⁴ Schreiner, S. 812 verweist auf die *Illustrierte Geschichte der Deutschen Revolution*, Berlin 1929, S. 34. Für das Scheitern macht er die „von der Sozialdemokratie beeinflussten Soldatenräte“ verantwortlich, insbesondere, „als sich das Komplott Ebert-Hindenburg gegen die Soldatenräte auszuwirken begann.“

¹¹⁵ Vgl. Roland Grau *Zur Rolle und Bedeutung des Roten Soldatenbundes*. In: Zeitschrift für Militärgeschichte, 1968, Heft 6, S. 719.

¹¹⁶ Winkler, 1998, S. 31ff. u. 38f.; vgl. Rosenberg, Geschichte, S. 241; s. auch Helga Grebing, *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, München 1975⁶, S. 149.

(RSB).¹¹⁷ Die Vorsitzenden, die sich aus Mitgliedern des Spartakusbundes rekrutierten waren Karl Grabusch, die Pioniere Willi Budich und Karl Schulz (verantwortlicher Redakteur des Bundesorgans *Der Rote Soldat*), sowie Christel Wurm und seit Mitte Dezember Albert Schreiner.¹¹⁸ In der 13 Personen zählenden Zentrale des *Spartakusbundes* war Budich, zentrale Figur bei der Gründung des RSB, für die Agitation unter den Soldaten verantwortlich.¹¹⁹ Der *Rote Soldatenbund* war in Bezirke und Ortsgruppen gegliedert. Schreiner gibt die Existenz der Organisation in Königsberg, Kiel, Hamburg, Bremen, Essen, Braunschweig, Berlin, Leipzig, Chemnitz, Dresden, München, Stuttgart, Ulm und Friedrichshafen als nachweisbar an.¹²⁰ Die politische Zielsetzung des RSB, so ein Appell der Redaktion des *Roten Soldaten* vom 23. November 1918, sei, „die Soldatenbewegung in entschieden proletarisch-revolutionäre Bahnen zu lenken“. Nur „eine konsequente Politik des proletarischen Klassenkampfes“ garantiere „die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsweise, die restlose Durchführung der Vergesellschaftung aller Produktionsmittel, die sozialistische Republik und damit die wirkliche Freiheit“.¹²¹ *Der Rote Soldat* sollte dreimal wöchentlich erscheinen.¹²² Bis Ende des Jahres erschienen 14 Ausgaben, deren Zahl sich bis Mai 1919 auf 26 erhöhte.¹²³ Die höchste Auflage betrug rund 15.000 Exemplare.

Als am 6. Dezember der RSB in Berlin zum erstenmal als bewaffnete „Schutz-Formation“ auftrat, kam es zu dem oben erwähnten Feuergeschehen bei dem sechzehn Demonstranten ums Leben kamen.¹²⁴ Drei großen Versammlungen der Frontsoldaten unter dem Thema *Die Rechtlosmachung der Frontsoldaten durch den Groß-Berliner Soldatenrat* (Referenten waren die RSB-Mitglieder Budich, Rohne und Schulz) hatte sich eine Demonstration von rund 2.000

¹¹⁷ Über den RSB ist wenig publiziert. Entweder wird er in der Literatur nicht erwähnt oder in aller Kürze abgehandelt, wie bei Hermann Dünow, S. 20, der dem RSB nur eine Seite widmet. Eine erste Zusammenstellung über den RSB befand sich 1924 in einem Artikel der unregelmäßig erschienenen illegalen militärpolitischen Zeitschrift der KPD, *Vom Bürgerkrieg*, 2. Jg., Heft 17, November 1924. Die Zeitschrift erschien lt. Schreiner von 1923-1926. 1960 schrieb Albert Schreiner *Der Rote Soldatenbund*. In: Beiträge zur Geschichte der (deutschen) Arbeiterbewegung, 1960, S. 809-819. Auf Schreiner bezieht sich im wesentlichen Roland Grau *Zur Rolle und Bedeutung des Roten Soldatenbundes*. In: Zeitschrift für Militärgeschichte, 1968, Heft 6, S. 718-723. Ein von propagandistischen Floskeln beherrschter Aufsatz, der keine neuen Erkenntnisse bringt. Zur Gründung des RSB vgl. auch Schuster, S. 51. Im Staatsarchiv Bremen befindet sich eine Akte zum RSB, StaHB 4.65-1217, und eine zum *Roten Matrosen Bund* (RMB), StaHB 4.65-1219.

Dünow, S. 20 ordnet ebenso wie Schreiner, S. 813 die Anregung zur Gründung Leo Jogiches zu. Meine Ausführungen über den RSB beziehen sich, soweit nichts anderes angegeben ist, auf diese Arbeit. Zur Gründung vgl. auch Schuster, S. 51.

¹¹⁸ Schreiner, S. 813.

¹¹⁹ Grau, S. 719f.

¹²⁰ Schreiner, S. 816; Grau, S. 720 nennt unter Berufung auf *Der Rote Soldat*, Nr. 6, Berlin, v. 5.12.1918, als zusätzliche Orte mit RSB-Leuten Bamberg, Burglengenfeld, Düsseldorf, Elberfeld, Frankfurt (Oder), Freiberg (Sachsen), Gumbinnen, Guben (Niederlausitz), Halberstadt, Halle (Saale), Insterburg, Kattowitz, Luckenwalde, Mellen bei Zossen, Memel, Rastatt, Stettin, Tilsit und Zossen. Nach K. 'Vom Bürgerkrieg', S. 28 soll die Mitgliederzahl des RSB auf dem Höhepunkt seiner Entwicklung 12.000 betragen haben, hier nach Schreiner, S. 816. Die Angabe ist mit der selben Skepsis zu betrachten wie die später folgenden des RFB. Die Zentrale des RSB sei in Berlin. Schuster, S. 51 meint nach Retzlaw, K., Spartakus, S. 116, daß der RSB anfänglich gar „keine feste Organisation, vielmehr ein loser Bund revolutionärer Soldaten“ gewesen sei. Desgleichen bezeichnet Schreiner, S. 816 die Organisationsform als „lose“.

¹²¹ *Der Rote Soldat*, Nr. 1 v. 23.11.1918, hier nach Schreiner, S. 813.

¹²² Schreiner, S. 813.

¹²³ Grau, S. 721.

¹²⁴ Schreiner, S. 817. Grau, S. 722. In seiner Darstellung verweist Grau (Anm. 23) auf: Wrobel, Willi Budich - ein unbeugsamer Revolutionär, in: ZMG, 7. Jg (1968), S.593f. Unter den Toten waren die RSB-Mitglieder Behrend und Jörgensen, Budich wurde Schwerverletzten. S. Winkler 1998, S. 49f.

Personen angeschlossen. Acht Tage später forderte Rosa Luxemburg anlässlich der Vorstellung des Spartakus-Programms - wohl um den eigenen Bund nicht als „Parteiarmee“ zu isolieren - u.a. auch die Aufstellung einer Arbeitermiliz.¹²⁵ Die zunehmende Bedeutung des Kampfbundes zeigte sich beim Gründungsparteitag der KPD vom 30. Dezember 1918 bis zum 1. Januar 1919, als neben 83 Delegierten des Spartakusbundes 29 der IKD und einem Vertreter der Jugend auch drei aus den Reihen des Bundes anwesend waren.¹²⁶

Die Rolle des RSB seit den Weihnachts-Kämpfen ist schwer zu bewerten. Grau behauptet, daß am 24. Dezember 1918 „die Mitglieder des RSB treu an der Seite der revolutionären Matrosen“ der Volksmarinedivision gestanden hätten.¹²⁷ Schreiner gibt an, daß der Kampfbund an den Berliner Januarkämpfen aktiv teilgenommen habe, und deren Vorsitzender Karl Grabusch zu den sieben getöteten *Vorwärts*-Parlamentären gehörte.¹²⁸ Er weist darüber hinaus auch auf bewaffnete Auseinandersetzungen des RSB in Stuttgart hin, „in deren Verlauf es unter anderem auch zur Besetzung der Druckerei der größten bürgerlichen Zeitung kam“ und ordnet außerdem den Protest von 2000 Arbeitern in Kiel anlässlich des Marsches des

Freikorps Gerstenberg gegen die Bremer Räterepublik am 5. Februar 1919 dem *Roten Soldatenbund* zu.¹²⁹ Obwohl der Bund nach den Januarkämpfen verboten worden sein soll,¹³⁰ werden seinen Mitgliedern bis zur Auflösung durch die Zentrale im Mai/Juni 1919 weitere Aktivitäten nachgesagt.¹³¹ So spricht Schreiner von 80 Mitgliedern des *Roten Soldatenbundes*, die am 15. Februar (einen Tag nach Hindenburgs „Aufruf gegen den Bolschewismus“) in Berlin verhaftet worden seien, sowie von den März-Kämpfen 1919 in Berlin, bei denen „der *Rote Soldatenbund* erneut in der vordersten Reihe“ stand.¹³² In einem neuen Entwurf von Leitsätzen forderte der RSB noch am 20. Februar 1919 neben der „Beseitigung der kapitalistischen Militärorganisation“ unter anderem die „Bildung einer Roten Armee zur Sicherung und

Dok. 1 Leitsätze des RSB (Auszug) in: *Der Rote Soldat* v. 20.2.1919:

- III. Dem R.S.B. können beitreten: Angehörige der bewaffneten Macht und waffenfähige Personen, die auf dem Boden unserer Grundsätze stehen und bereit sind, mit Wort und Tat für die Verwirklichung unserer Forderungen einzutreten.
- IIIa) Die Aufnahme erfolgt nur nach Empfehlung durch zwei Mitglieder.
- IIIb) Die Mitgliedschaft verliert: 1. Wer den Grundsätzen des Bundes zuwiderhandelt. 2. Wer sich grobe Verstöße gegen die proletarischen Ehrbegriffe zuschulden kommen läßt.
- IV. Das organisatorische Gerüst des R.S.B. ist das Vertrauensmännersystem. [...]

¹²⁵ Rosa Luxemburg, „Was will der Spartakusbund?“, in: *Die Rote Fahne*, Nr. 29 v. 14.12.1918 (hier nach Angress, S. 37ff.)

¹²⁶ Grau, S. 721; Angress, S. 46f. sieht außerdem in dem Beschluß des Gründungsparteitages zum Boykott der Wahlen am 19. Januar neben einer „Zurückweisung von Rosa Luxemburgs grundlegender Konzeption“ auch „andeutungsweise“ den Beginn eines „Putschismus“.

¹²⁷ Grau, S. 723.

¹²⁸ S. Schreiner, S. 817; Grau, S. 723 erwähnt ebenfalls die 7 Parlamentarier, „die mit den Nosketruppen über die Übergabe“ des besetzten ‚Vorwärts‘-Gebäudes verhandeln sollten; Angress, S. 52.

¹²⁹ Schreiner, S. 817. Zu den Kämpfen in Bremen siehe auch Winkler 1998, S. 60f.

¹³⁰ Schuster, S. 51 wählte die unpräzise Formulierung „in die Illegalität gezwungen“. Verboten war auf jeden Fall die *Rote Fahne* vom 3.3.-20.4. und 10.5.-12.12.1919 (vgl. Angress, S. 61).

¹³¹ Die sogenannte „Selbstaflösung“ wird unterschiedlich datiert. Schuster, S. 51 gibt als Zeitpunkt Anfang Juni an, Schreiner, S. 817 dagegen Ende Juni. Grau, der sich auf K.P.K. (Kommunistische Partei-Korrespondenz), 1. Jg., Nr. 11, vom 25. Juni 1919, S. 16 beruft, datiert auf Mai/Juni.

¹³² Schreiner, S. 818.

Unterstützung der proletarischen Revolution.“¹³³ Das Papier zeigte die Mischung von Konspiration und Ethik, die auch beim späteren RFB vorhanden war (s. Dok. 1). Nach Grau nahm der RSB auch „an den Kämpfen der Roten Armee der Münchener Räterepublik“ vom 13. April bis 1. Mai 1919 teil.¹³⁴ Im April 1919 bildete sich in Bremen ein *Roter Soldatenbund*, der „alle bewaffneten Arbeiter“ in sich vereinigen sollte.¹³⁵ Während in Leipzig im gleichen Monat erst zur Gründung aufgerufen wurde,¹³⁶ bestand bereits am 4. Juni ein Plan zur Vorbereitung einer Erhebung.¹³⁷

Daß die „Selbstaflösung“ des RSB lediglich ein formaler Akt der Berliner Zentrale war, die nach außen wirken sollte offenbarte die weitere Entwicklung. Anfang September 1919 wurde in „allen grösseren Städten“ die erneute Errichtung von „Filialen und Abzweigungen“ des aufgelösten RSB in Form des *Revolutionären Matrosenbundes*, festgestellt, der „aus Anhängern der früheren Volksmarinedivision und der Republikanischen Soldatenwehr“ bestand. Während sich die Zentrale erneut in Berlin befand, wurden weitere Ortsgruppen in Kiel, Bremen, Hamburg und Schwerin ausgemacht.¹³⁸ Von den Aktivitäten in Hamburg ist eine „sehr gut besuchte“ Vollversammlung des *Verbandes inaktiver Marinemannschaften* am 26. des Monats im Gewerkschaftshaus dokumentiert, auf der der Polizeibericht „eine gewisse politische Trägheit“ der Mitglieder festmachte, als über den für den 15. Oktober geplanten Anschluß des Kieler Verbandes an den der Hamburger beraten wurde.¹³⁹ Sitz der Zentrale sollte Hamburg sein. Der 1. Vorsitzende Vogler bezifferte die Zahl der Mitglieder auf 19.000. Eine letzte Meldung vom 10. November 1919 berichtet von der Kranzniederlegung des *Verbandes inaktiver Marinemannschaften* genannt *Revolutionärer Matrosenbund* auf dem Ohlsdorfer Friedhof.¹⁴⁰

Das Jahr 1919 brachte neben den genannten konkreten Ansätzen militärischer Verbände im Zusammenhang mit der erstmals auftauchenden Idee des Nationalbolschewismus¹⁴¹ theoretische

¹³³ *Der Rote Soldat* v. 20.2.1919, hier nach Schreiner, S. 818.

¹³⁴ Grau, S. 720 beruft sich damit auf den lediglich mit „K“ unterzeichneten Artikel, „Der Rote Soldatenbund“, S. 28, in: *Vom Bürgerkrieg*, 2. Jg. (1924), H. 17, S. 23ff. Angress, S. 59 Anm. 57 bezeichnet die Monate März bis April als eine „Zeit andauernder politischer Straßenkämpfe“. Angress, S. 61 führt die Unruhen auf die Streiks vom Februar 1919, Arbeitslosigkeit und Preissteigerungen in verschiedenen Teilen des Landes, die besonders Mitteldeutschland betrafen und auf Berlin übergriffen. Dort kam es zu einem Generalstreik und Straßenkämpfen, die vom Militär am 8. März unterbunden worden waren und in deren Verlauf Leo Jogiches am 10.3. verhaftet und von einem Polizeibeamten erschossen wurde.

¹³⁵ StaHB 4,65-1217, Bl. 1, v. 11.4.1919 benennt: als „Chef“ Seekamp, der auch im 21-Rat ist, als militärischen Führer und den früheren Vizefeldwebel Fritz Kassenau als verantwortlich für die Registrierung der Mitglieder. Einer Ergänzung vom 23.4.1919 zufolge wird als mutmaßlicher Kassierer „ein gewisser Cassow“ und als Bezirksleiter „ein gewisser Stein“ genannt. Versammlungen würden abgehalten beim Wirt Nordmann, Ecke Nord- und Harenstr. und in einem Lokale bei der Endstation der Bremer Strassenbahn in Gröpelingen. Ein weiterer Führer des Bundes soll ein Vizefeldw. Fritz Meyer sein. Auch der frühere Sekretär oder Adjutant des früheren Stadtkommandanten, ein gewisser Walter, „soll wieder hier und gesehen worden sein“. als Gründer des *Roten Soldatenbund* wurde der Vizefeldw. Otto aus Hannover angegeben.

¹³⁶ StaHB 4.65-1217, Blatt 5a/b.

¹³⁷ StaHB 4.65-1217, Blatt 6/7.

¹³⁸ StaHB 4,65-1219, Blatt 2-6. Blatt 1 berichtet außerdem von einem Hübner, Mitglied des revolutionären Matrosenbundes, der früher der Volksmarinedivision angehörte und „schon wiederholt in Versammlungen der K.K.A. aufgetaucht“ sei. Er habe bei einem Nowack, Wirt in Berlin Tegel und „Vertrauensperson des Matrosenbundes“, die Mitteilung gemacht, daß „in Braunschweig durch einen gewissen Leonhardt 2 Panzerwagen und 1000 Gewehr für den Matrosenbund angekauft worden sind. Der Transport wird durch Vermittlung der Sterndampfergesellschaft am 15.9. in Tegel erwartet.“

¹³⁹ StaHB 4,65-1219, Bl.4, Pol.B Nr. 171 vom 27.9.1919.

¹⁴⁰ StaHB 4,65-1219 Bl. 6.

¹⁴¹ Vgl. hierzu Otto-Ernst Schüdekopf, *Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der*

Gedankenspiele. Bei dem Versuch, eine Brücke zwischen den Extremen von Links und Rechts zu schlagen und eine nationale Volksfront zu schaffen, waren die bürgerlich-demokratische Republik und die Ententemächte die gemeinsamen Gegner. Potentieller Verbündeter war Sowjet-Rußland, das auf beiden Seiten hohe Achtung genoß. Führende Propagandisten waren die Hamburger Kommunisten Heinrich Laufenberg und Fritz Wolffheim. Ihr Ziel war es, auf freiwilliger Basis eine Rote Armee für einen „jakobinisch-revolutionären Krieg“ aufzustellen, die auch den nationalistischen Freikorps offenstehen sollte und gemeinsam mit den französischen und belgischen Arbeitern die Ketten des Versailler Vertrages sprengen sollte.¹⁴² Eine zweite nationalbolschewistische Agitation startete die Partei im Frühjahr/Sommer 1923.¹⁴³ Außer einem „Arbeitsplan für die Gewinnung von Offizieren“ wurde der Rundbrief einer *Gruppe kommunistischer Offiziere Deutschlands* an Offiziere der Reichswehr und der Polizei verschickt.¹⁴⁴ In dem achtseitigen Papier wurde u.a. behauptet, daß die KPD zu 80% aus ehemaligen Frontsoldaten bestehe, und der zu erwartende nationale Befreiungskampf wurde als ein umfassender Guerillakrieg definiert, als dessen Folge die proletarische Revolution ausbrechen würde.¹⁴⁵ Als Argumentationshilfe für die Offiziere behauptete der Rundbrief, nach Oswald Spengler, „Preußentum“ sei „Sozialismus“ und das Rätesystem eine „preußische Idee, die auf den Begriffen der Elite, Verantwortung und Kollegialität“ beruhe.¹⁴⁶

Inwieweit die Einwohnerwehren von der äußersten Linken frequentiert wurden, läßt sich aufgrund der geringen Forschungen auf diesem Gebiet nicht einschätzen. Rohe weist daraufhin, daß die Behörden wegen des Übergewichts von USPD und Kommunisten, ja sogar von Sozialdemokraten auf die Bildung von Einwohnerwehren verzichtet hätten. Beispielhaft führt er die Industriegebiete Sachsens und Thüringens an.¹⁴⁷

In der Folgezeit war die kommunistische Bewegung hauptsächlich mit sich selbst beschäftigt. Unterschiedliche Flügelkämpfe und Spaltungen prägten das Bild.¹⁴⁸ Linke militärische Formationen traten erst nach dem Kapp-Putsch wieder auffällig in Erscheinung. Am nachhaltigsten war die Bildung der *Roten Ruhr-Armee*, in der die KPD allerdings nur eine Außenseiterrolle spielte. Hauptsächlich waren an der „sehr rasch“ vonstatten gegangenen Aufstellung dieser Truppenverbände unorganisierte Anarcho-syndikalisten oder Mitglieder der KAPD, USPD und sogar SPD“ beteiligt.¹⁴⁹ Wie andere Aufstandsversuche in Teilen Mitteldeutschlands wurde auch der „Aufruhr an der Ruhr“ in der ersten Aprilwoche niedergeschlagen.

¹⁴¹ Vgl. hierzu Otto-Ernst Schüddekopf, *Linke Leute von rechts. Die nationalrevolutionären Minderheiten und der Kommunismus in der Weimarer Republik*, Stuttgart 1960; Karl O. Paetel, *Versuchung oder Chance. Zur Geschichte des deutschen Nationalbolschewismus 1918-1932. Ein Bericht*, Außenpolitik, 3. Jahrg., Nr. 4, April 1952, S. 229-242; Armin Mohler, *Die Konservative Revolution in Deutschland 1918-1932. Grundriß ihrer Weltanschauung*, Stuttgart 1950, S. 59-65 u. pass.; Klemperer, S. 139-150; Erich Müller, *Nationalbolschewismus*, Hamburg 1933. Angress, S. 61ff. und S. 348-412.

¹⁴² Angress, S. 67 weist außerdem daraufhin, daß anfänglich auch Radek von dieser Idee gefesselt war, aber Lenin 1920 das Konzept verwarf.

¹⁴³ Hier war es besonders die Berufung auf Schlageter. Angress, S. 384 meint dazu, daß der Schlageter-Kurs von der gesamten Partei getragen wurde, da es nur „eine Frage der Taktik und keine Doktrin“ gewesen sei.

¹⁴⁴ Nach Angress, S. 377 war der *Arbeitsplan* bei verhafteten Kommunisten gefunden worden.

¹⁴⁵ S. Angress, S. 377.

¹⁴⁶ Staatsarchiv Düsseldorf, Nr. 16964, B 1. 83-86, zit. nach Angress, S. 378.

¹⁴⁷ Rohe, S. 20f.

¹⁴⁸ Z.B. Bildung der KAPD, vgl. Angress, S. 69.

¹⁴⁹ Angress, S. 72. Ein Aufruf des EKKI vom 25. März hatte das deutsche Proletariat aufgefordert, zu den Waffen zu greifen und zu kämpfen (vgl. Angress, S. 94).

Im Juli/August 1920 war auf dem II. Weltkongreß der KI in Petrograd und Moskau die Bildung illegaler Organisationen zur Durchführung systematischer Untergrundtätigkeit grundsätzlich beschlossen worden.¹⁵⁰ Ob die Übernahme eines diesbezüglichen Modells von der Bewegung der Revolutionären Obleute in diese Zeit fiel, ist nicht nachgewiesen. Diese hatten schon vor dem Ausbruch der Rätebewegung „damit begonnen, Waffen zu kaufen und geheime militärische Abteilungen zu bilden, die als *Der Apparat* bezeichnet“ wurden.¹⁵¹ Feststeht, daß die KPD das System, dem bereits vor 1921 ein Nachrichtenapparat (N-Apparat) für Spionage und Abwehr zugeordnet worden war, übernahm.¹⁵² Der Militärapparat (M-Apparat) war für die Ausbildung der Kampfgruppen bestimmt, die sich an verschiedenen Orten Deutschlands gebildet hatten, aber „ohne wirksame Koordinierung“ der Zentrale waren.¹⁵³ Zu jenem Zeitpunkt dürfte der Apparat jedoch wegen diverser Schwierigkeiten kaum zur Arbeit gekommen sein. So gab es Differenzen, die aus den regionalen Unterschieden ebenso wie aus grundlegenden Meinungsverschiedenheiten über den Aufgabenbereich resultierten. Fühlten sich die illegalen Gruppen für das Lagern von Waffen und Munition zuständig, so versuchte die Zentrale, den Aktionismus mit theoretischen Diskussionen über Militärtheorien zu begrenzen.¹⁵⁴ Außerdem wurden die Mitglieder bei Parteiveranstaltungen als Ordner eingesetzt.¹⁵⁵

„Formiert Euch stolz zum letzten Krieg!
Seid einig, tapfer bis zum Sieg!
Entfaltet Fahnen, rot in rot,
Und fürchtet nicht den Opfertod!“¹⁵⁶

Dok. 2 Gedicht von Hardy Worm in der *Roten Fahne* v. 4.9.1923, das zum Verbot des Blattes führte

Polizeiaktionen vom 19. Januar und 3. Februar 1921 brachten Material über das Bestehen einer Roten Armee, den Schmuggel von Waffen und Explosivstoffen sowie eine Finanzierung illegaler kommunistischer Tätigkeiten in Deutschland und anderen Teilen Europas durch die Sowjetmission zutage.¹⁵⁷ Bei weiteren Polizeiaktionen im Verlauf des Monats Februar fand man „Sprengstoff, Waffen und andere militärische Ausrüstungsgegenstände“.¹⁵⁸ Trotz der offensichtlich vorhandenen Vorbereitung für einen Aufstand erwies sich die Kommunistische Partei erneut als ‚verbalradikaler Papiertiger‘. Als der Aufstand im März ausbrach, trat nirgendwo in Deutschland eine Rote Armee in Erscheinung. Nach der Besetzung des Ruhrgebiets durch französische Truppen am 7. des Monats bildete ein

¹⁵⁰ Der Zweite Kongreß der K.I., Protokoll der Verhandlungen vom 19. Juli in Petrograd und vom 23. Juli bis 7. August 1920 in Moskau, Hamburg 1921, S. 758-759, hier nach Angress, S. 340f.

¹⁵¹ Angress, S. 141. Geleitet wurde *Der Apparat* von Ernst Däumig, der im Sommer 1918, noch als USPD-Mitglied, die Führung der Obleute übernahm. Mit ihm waren Emil Barth und Richard Müller als Leiter tätig.

¹⁵² Nach Angress, S. 142 hatten beide Apparate auch die Aufgabe, „Verbindung mit russischen Agenten herzustellen, die illegal durch Deutschland reisten“. Ruth Fischer, S. 174 erwähnt zusätzlich Z-Gruppen (Zersetzungsguppen), die gegnerische politische und militärische Organisationen unterwandern sollten, sowie T-Gruppen (Terrorgruppen) zur Sabotage und Liquidierung von Verrätern. Nach Angress, S. 141 Anm. 3 werden diese beiden Organisationen auch von Buber-Neumann (*Von Potsdam nach Moskau*, Stuttgart 1956, S. 68) erwähnt. Strittig scheint lediglich der Zeitpunkt der Gründung.

¹⁵³ Angress, S. 141.

¹⁵⁴ Angress, S. 142.

¹⁵⁵ Fischer, S. 173-174.

¹⁵⁶ *Die Rote Fahne*, Nr. 204 v. 4.9.1923 zit. nach Angress S. 448, der in Anm. 88 angibt: „Nach brieflicher Angabe von Herrn Bernhard Menne (19.10.64) war Hardy Worm ein begabter Satiriker, der 1931 bis 1932 die satirische kommunistische Zeitschrift *Die Ente* herausgab.“

¹⁵⁷ Angress verweist auf „Bericht des Preußischen Staatskommissars Dr. Weismann, 3. Februar 1921“, Auswärtiges Amt, Deutschland, Mikrofilm, Behälter 1405, Rahmen D 552184 - D 552193. Ders. S. 141 verweist auf Pläne zur Bildung einer Roten Armee sowie andere militärische Vorbereitungen, die von der Polizei anlässlich der Ruhr-Aufstände sichergestellt wurden (dort weitere Lit.). S. auch Fischer, S. 173.

¹⁵⁸ Ebd.

versuchter Anschlag auf die Berliner Siegestsäule am 13. März das Argument für die Regierung, Teile Mitteldeutschlands zu besetzen.¹⁵⁹ Obwohl *Die Rote Fahne* die Arbeiter wiederholt aufforderte, sich zu bewaffnen,¹⁶⁰ waren die Erfolge der Partei relativ gering. Während der folgenden Kämpfe entwickelte Hugo Eberlein, neuer Leiter des M-Apparates, ein ebenso obskures wie erfolgloses Aufstandsszenario.¹⁶¹ Erfolgreich war lediglich der politische Abenteurer Max Hoelz. Mit den Waffen aus den Depots, die dort nach dem Kapp-Putsch und den darauffolgenden Unruhen versteckt worden waren, gelang es Hoelz, eine kleine Armee zusammenzustellen. Die Horde zog zehn Tage lang plündernd und raubend durchs Land, scheiterte aber nicht zuletzt an der mangelnden Zusammenarbeit der unterschiedlichen linken Gruppen.¹⁶² Auch bei den Kämpfen am 23. und 24. März in Hamburg war keine geordnete militärische Aktion erkennbar lediglich der Einsatz von Arbeitslosen als Stoßtrupp der KPD war während der ganzen Märzbewegung gängige Praxis.¹⁶³ Während am 29. März die meisten Werften wieder voll zu arbeiten begannen, eroberte die Sicherheitspolizei, von einem Artilleriebataillon der Reichswehr unterstützt, die Leunawerke im Sturm.¹⁶⁴ Die Zahlen der am Aufstand Beteiligten schwanken zwischen 200.000 und einer Million.¹⁶⁵

Die Folge des März-Aufstandes war neben einer drastischen Reduzierung der Mitgliedschaft der KPD¹⁶⁶ und einer Welle von Verurteilungen vor den am 29. März eingesetzten Sondergerichten¹⁶⁷ eine erste Säuberung innerhalb der Führung der KPD. Eine unendlich scheinende Diskussion in allen Führungsgremien bis zur Kommunistischen Internationale führe im Dezember 1921 weg von der Politik der revolutionären Offensive.¹⁶⁸ Das *Exekutivkomitee der*

¹⁵⁹ Vgl. Angress, S. 161ff. Die Freistaaten Thüringen und Sachsen bildeten mit der preußischen Provinz Sachsen ein Industriegebiet, das der Bedeutung des Ruhrgebiets und Oberschlesiens vergleichbar war. Das Gebiet war bekannt für eine traditionell starke und radikale Arbeiterbewegung (z.B. die Streikwelle im Mansfelder Kohlenrevier im Januar 1910). Nach der Novemberrevolution war die Region ein Bollwerk der USPD. Mit der Verschlechterung der ökonomischen Bedingungen erhielt die KPD verstärkt Zulauf. Die Wahlen zum preußischen Landtag brachten der Partei am 20. Februar 1921 im Wahlbezirk Halle-Merseburg 197.113 Stimmen, während die SPD lediglich 70.340 und die USPD 74.754 Stimmen erhielt (Angress, S. 162). Nach ders., S. 169 begann die Polizeibesetzung am 19. März. Zwei Tage später wurden in Berlin 11 Personen festgenommen, die gestanden haben sollen, die Bombe gelegt zu haben. Einige von ihnen sollen einen Mitgliedsausweis der KAPD bei sich gehabt haben. (Angress, S. 166)

¹⁶⁰ In der Abendausgabe der *Roten Fahne* vom 18.3.1921 heißt es u.a.: „Die Waffe bringt die Entscheidung [...] Ein jeder Arbeiter pfeift auf das Gesetz und erwirbt sich eine Waffe, wo er sie findet!“ und am 20.3.1921: „Die Waffen in die Hand der Arbeiter!“ (zitiert nach Angress, S.176ff.

¹⁶¹ Hugo Eberlein, lt. Ruth Fischer, Bd. 1, S. 226 als *Hugo mit der Zündschnur* bekannt, galt als erfahrener Sabotagefachmann. Nach Angress, S. 181f. war er am 22. März nach Mitteldeutschland gesandt worden und plante dort mit Gewaltakten, „die man dann der Polizei in die Schuhe schieben könnte“, um die Arbeiter aus „ihrer passiven Haltung aufzurütteln“. Er wollte Entführungen vortäuschen und z.B. einen Munitionszug der Polizei sprengen und später in der kommunistischen Zeitung *Klassenkampf* in Halle der Polizei Sorglosigkeit vorwerfen. Angress bezieht seine Informationen größtenteils aus Unterlagen, die Klara Zetkin auf ihrer Reise nach Moskau im Sommer 1921 abgenommen worden waren. Veröffentlicht wurden die Dokumente in mehreren *Vorwärts*-Ausgaben im November 1921 (vgl. Angress, S. 179 Anm. 15) sowie in: KPD, Die Enthüllungen zu den Märzkämpfen: Enthülltes und Verschwiegene, Halle 1922.

¹⁶² Vgl. Angress, S. 183-186; Ruth Fischer, Bd. 1, S. 168-177 und S. 225-230.

¹⁶³ Angress, S. 191ff. u. Anm. 33.

¹⁶⁴ Angress, S. 197.

¹⁶⁵ Angress, S. 202/Anm. 72 hält die Angabe von Malzahn mit 200.000 im ganzen Reichsgebiet für angemessen, Flechtheim, S. 73 gibt 300.000 und Brandler („War die März-Aktion ein Bakunisten-Putsch?“, S. 22) eine Million an. Hinsichtlich der Bewaffnung bezieht sich Angress auf Drobniß (Anl. 13, o.S.), der für Mitteldeutschland die Gefangenen und Todesopfer zählte. Er gibt die Beschlagnahmung von 1.346 Gewehren und 34 Maschinengewehren an.

¹⁶⁶ Nach Angress, S. 205 reduzierte sich die Mitgliedschaft von ca. 350.000 vor dem Aufstand auf 180.443 im Sommer 1921.

¹⁶⁷ Angress, S. 204 schätzt 3000 Jahre Gefängnis und Zuchthaus für rund 4000 Aufständische.

Kommunistischen Internationale (EKKI) erklärte die Einheitsfrontpolitik zum wesentlichen Bestandteil der offiziellen kommunistischen Weltstrategie. Die schwammige Definition dieser Vorgehensweise führte - ebenso wie jene der Arbeiterregierung¹⁶⁹ - zu umfangreichen Diskussionen. Sinowjews erklärte sie im Dezember 1922 anlässlich des IV. Weltkongresses der Komintern u.a. folgendermaßen:

„Die Einheitsfront ist der gemeinsame Kampf der Arbeitermassen in ihren Tagesforderungen gegenüber dem Kapitalismus. Die Einheitsfront soll bedeuten, daß wir bereit sind, mit allen Arbeitern - seien es Anarchisten, Syndikalisten, Christlich-Soziale, Sozialdemokraten oder wie sie auch heißen mögen - gegen den Kapitalismus und die Kapitalisten im täglichen Kampfe für ein Stückchen Brot, im täglichen Kampfe gegen die Reduzierung der Löhne und gegen die Abschaffung des Achtstundentages zu kämpfen ... Dafür nehmen wir in Kauf, daß wir uns manchmal mit den verräterischen Führern an einen Tisch setzen müssen.“¹⁷⁰

Die sogenannte *Linke* um Ruth Fischer und Arkadi Maslow lehnte die neue Einheitsfronttaktik als zu reformistisch und zu schwammig ab. Nachdem sich Reuter-Friesland von der Fraktion getrennt hatte, fiel die Führung der Linken zu. Neben Fischer und Maslow waren das die jungen Intellektuellen Werner Scholem und Arthur Rosenberg (Berlin), Iwan Katz (Hannover) und Hugo Urbahns (Hamburg) sowie die „Proletarier“ Ernst *Teddy* Thälmann (Hamburg) oder Arthur König zu.¹⁷¹ Der kommunistische Papiertiger blieb aber hauptsächlich bei seinem verbalen Radikalismus. Nach der Ermordung Rathenaus am 24. Juni 1922 gehörte zu den Forderungen der KPD auch die Bewaffnung der Arbeiterschaft.¹⁷² Neben den häufigen Demonstrationen der folgenden Tage kam es mehrfach zu Gewalttätigkeiten gegen bekannte Vertreter der Rechtsparteien.¹⁷³

Das Krisenjahr 1923 wurde von einer Vielzahl von Streiks, Demonstrationen und Unruhen begleitet. Zu den zahlreichen Streiks von Anfang Juni bis fast Mitte August 1923 im unbesetzten Teil des Reiches, die von einer galoppierenden Inflation begleitet wurden, gehörten auch die der Seeleute von Handelsschiffen in Hamburg, Bremen und Emden oder die Massenstreiks unter den landwirtschaftlichen Arbeitern Schlesiens.¹⁷⁴ Die letzte Augustwoche war von diversen Verbotsmaßnahmen gegen die KPD bestimmt, zu denen u.a. auch ein Verbot der *Hamburger Volkszeitung* in Hamburg gehörte.¹⁷⁵ Mitte bis Ende September 1923 fanden größere Streiks und Straßenkämpfe in Baden und im Rheinland statt.¹⁷⁶

Der schon wiederholt erwähnte verbale Radikalismus der KPD jener Tage, der auch während der Zeit des legalen Bestehens des RFB zu beobachten war, stand die ganzen zwanziger Jahre über in einem merkwürdigen Mißverhältnis zu den Aktionen und besonders deren Erfolg. Eine besondere Blüte trug er im Jahr 1923. Nachdem der Bankrott der Cuno-Regierung bekannt gegeben worden war, verkündete ein Aufruf auf der Titelseite der *Roten Fahne* unter der Schlagzeile „An die Partei!“, daß eine „innere und äußere“ Krise dicht bevorstehe.¹⁷⁷

¹⁶⁸ Vgl. Angress, S. 204-287.

¹⁶⁹ Zur „Arbeiterregierung“ s. Protokoll des IV. KI-Kongresses, S. 101-102, nach Angress, S. 295.

¹⁷⁰ Protokoll des IV. Kongresses der Kommunistischen Internationale, Petrograd - Moskau, vom 5. November bis 5. Dezember 1922, Hamburg 1923, S. 64-65 nach Angress, S. 259. Ähnlich lautete auch die abschließende Resolution des Kongresses, in: Protokoll des IV. KI-Kongresses, S. 1014-1015, zitiert nach Angress, S. 297.

¹⁷¹ Vgl. Angress, S. 286ff.

¹⁷² Angress, S. 276.

¹⁷³ Angress, S. 276 und Anm. 46.

¹⁷⁴ Angress, S. 386ff.

¹⁷⁵ Vgl. Angress, S. 444.

¹⁷⁶ Vgl. Angress, S. 423f.

Ursächlich dafür verantwortlich sei die separatistische Bewegung in der besetzten Provinz Rheinland-Westfalen, die den süddeutschen Faschisten als Vorwand diene, „unmittelbar nach der Ernte“ einen Bürgerkrieg zu entfesseln.¹⁷⁸ Da man von den Absichten der Faschisten wisse, jeden Arbeiter, der bewaffneten Widerstand leisten würde, erschießen zu wollen, müsse „dem weißen Terror der rote Terror entgegengestellt“ werden.

„Erschlagen die Faschisten, die bis an die Zähne bewaffnet sind, die proletarischen Kämpfer, so müssen diese erbarmungslos alle Faschisten vernichten. Stellen die Faschisten jeden zehnten Streikenden an die Wand, so müssen die revolutionären Arbeiter jeden fünften Angehörigen der faschistischen Organisation an die Wand stellen.“¹⁷⁹

Der Mangel an Waffen müsse im Verlauf der Kämpfe durch Beutewaffen behoben werden. Der nach der Veröffentlichung des Aufrufs außergewöhnlich scharfe und aggressive Ton der kommunistischen Presse, erweckte in Regierungskreisen nicht zu Unrecht Befürchtungen, „daß ein kommunistischer Handstreich unmittelbar bevorstand“.¹⁸⁰

Als Arkadi Maslow auf dem 8. Parteitag der KPD vom 28. Januar bis 1. Februar 1923 seine Vorbehalte gegen das Prinzip der angestrebten Arbeiterregierung zum Ausdruck brachte, waren seine Bedenken von der Frage der Macht und somit der Bewaffnung getragen, für die er besonders die Betriebsrätebewegung heraushob. Das Zustandekommen einer Arbeiterregierung hänge vor allen Dingen „von der Massenbewegung, die die Machtfrage stellt“ und „von dem Aufrollen der Waffenfrage durch die Arbeiterschaft und davon, daß die Arbeiterschaft von der Defensive in die Offensive übergeht“ ab.¹⁸¹

Die Forderung nach Bewaffnung der Arbeiter, die seit der Ermordung Rathenaus ein wesentlicher Bestandteil der kommunistischen Parteipropaganda gewesen war, fand ihre umfangreichste Konkretisierung in den mitteldeutschen Hochburgen der KPD in Sachsen und Thüringen.¹⁸² Der Freistaat Thüringen, der sich bereits seit Beginn des Jahres 1923 in offener Opposition zur Berliner Reichsregierung befand, begann im März mit der Aufstellung „proletarischer Verteidigungsformationen“.¹⁸³ Nachdem sich am 19. des Monats in Sachsen der vom Parteitag der VSPD eingesetzte Siebenausschuß mit der Landesleitung der KPD auf ein gemeinsames Aktionsprogramm einigte, wurde auch unter der Regierung des am 21. März gewählten Ministerpräsidenten Dr. Erich Zeigner die Bildung „proletarischer Abwehrorganisationen“ in Angriff genommen und am 17. Mai auch von der SPD-Führung beschlossen.¹⁸⁴

Da sich jedoch „maßgebende Kreise innerhalb der SPD“ widersetzen und sich einzelne Funktionäre um die Schaffung rein sozialdemokratischer Arbeiterwehren bemühten, hing der Charakter der Verbände von der „Einstellung der örtlichen Partei- und Gewerkschaftsleitung“ ab,

¹⁷⁷ Die Rote Fahne v. 12.7.1923, hier nach Angress, S. 391f.

¹⁷⁸ Angress, S. 391/Anm. 106 weist darauf hin, daß die Kommunisten „entgegen der weitverbreiteten, von vielen zeitgenössischen Beobachtern geteilten Ansicht“ im Sommer 1923 fortgesetzt gegen die stärker werdende Separatistenbewegung Position bezogen.

¹⁷⁹ Die Rote Fahne v. 12.7.1923, nach Angress, S. 392.

¹⁸⁰ Angress, S. 396. Am 13. August gab Stresemann bei einem Gespräch mit dem britischen Botschafter Lord D'Abernon zu verstehen, daß er bereit sei, der kommunistischen Bedrohung entgegentreten zu treten. (Angress, S. 443 nach: D'Abernon, The Diary of an Ambassador, II, S. 247-248.)

¹⁸¹ Bericht über die Verhandlungen des II.(8.) Parteitages, S. 345, hier nach Angress, S. 307. Vgl. auch die Resolution der Linken mit der gleichen Zielsetzung in: Bericht über die Verhandlungen des III.(8.) Parteitages, S. 142-150.

¹⁸² S. Angress, S. 323-326.

¹⁸³ S. Angress, S. 416. Verhandlungen mit den Kommunisten zur Bildung einer Koalitionsregierung scheiterten erstmals im Mai 1923.

¹⁸⁴ Rohe, S. 33; Angress, S. 418f.

so daß an nicht wenigen Orten Sachsens und Thüringens rein kommunistische und rein sozialdemokratische Formationen existierten.¹⁸⁵ Ansätze organisatorischer Mischformen wurden für Pommern festgestellt.¹⁸⁶ Die Gesamtzahl dieser 'roten' - kommunistischen wie proletarischen - Hundertschaften beziffert Hanisch auf 800-900 (Stand v. 28. Juli 1923), von denen sich ein Drittel in Mitteldeutschland befanden.¹⁸⁷ Auf preußischem Gebiet wurden am 12. Mai alle bestehenden *Proletarischen Hundertschaften* durch Innenminister Severing verboten.¹⁸⁸

Auf die wiederholten Angriffe des sächsischen Ministerpräsidenten Zeigner auf die Reichswehr reagierte der Reichswehrminister mit einer Anweisung an die in Sachsen stationierten Truppen, sich nicht an den Feierlichkeiten für den Verfassungstag am 11. August zu beteiligen.¹⁸⁹ Als Antwort verbot Zeigner alle Feiern der patriotischen Verbände zum Sedan-Tag am 2. September.¹⁹⁰ Statt dessen versammelten sich 8000 Mitglieder der *Proletarischen Hundertschaften* in Dresden zu einer Parade, in deren Verlauf sie zwei Stunden lang exerzierten und ein sozialdemokratischer Funktionär in einer Rede auf den Entscheidungskampf zwischen der politischen Rechten und der Linken geben würde.¹⁹¹

Am 26. September verhängte der Reichspräsident den allgemeinen Belagerungszustand über Thüringen, so daß der Freistaat unter die Zuständigkeit des Generals Walther Reinhard, Kommandeur des V. Deutschen Wehrkreises, gestellt wurde.¹⁹²

Der - in Mitteldeutschland - nicht stattgefunden kommunistischen Aufstand begann bereits kurz nach der Ruhrbesetzung im Januar 1923 in eine planerische Phase einzutreten, als insgeheim eine Gruppe von 24 russischen „Bürgerkriegs“-Experten in Deutschland eingetroffen war, die „anscheinend zunächst mehrere Monate lang hauptsächlich als Beobachter fungierten.“¹⁹³ Am 15. August veranlaßten die Informationen aus Deutschland Sinowjew, die KPD zu instruieren, sich auf die herannahende revolutionäre Krise einzustellen.¹⁹⁴ Am 23. August entschloß sich das Politbüro auf einer Geheimsitzung, „unverzüglich eine Reihe von Schritten zu unternehmen, die die keimende revolutionäre Bewegung in Deutschland fördern sollten.“¹⁹⁵ Ein Viererausschuß sollte die Aktion vorbereiten und leiten.¹⁹⁶ Nachdem die Russen auf Brandlers Wunsch ihren

¹⁸⁵ Rohe, S. 33. Zur ähnlich gelagerten kommunistischen Unterscheidung verweist er auf den „Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands“ (1924), S. 64f.

¹⁸⁶ Rohe, S. 33 Anm. 2.

¹⁸⁷ W. Hanisch, *Die Hundertschaften der Arbeiterwehr*, S. 98. Zu den Verhältnissen in Thüringen und Sachsen vgl. auch G. Schulz, *Zwischen Demokratie und Diktatur*, S. 409 f., 415 f., passim.

¹⁸⁸ S. Angress, S. 350.

¹⁸⁹ Vgl. Angress, S. 420f.

¹⁹⁰ Angress, S. 421.

¹⁹¹ Angress, S. 421.

¹⁹² Angress, S. 417. Die Maßnahme führte zu einem Kleinkrieg zwischen Militär und Staatspolizei, der sich auch auf die Kulturpolitik auswirkte. Während Reinhard wiederholt kommunistische Massenkundgebungen und Publikationen der KPD verbot, diskreditierte beispielsweise Ministerialdirektor Brill die patriotischen Verbände, die einen *Deutschen Tag* abhalten wollten, als „nationalsozialistischen Pöbel“.

¹⁹³ Angress S. 453 beruft sich auf Wenzel, S. 37, der diese Information 1954 von Brandler erhielt. Vgl. auch Ruth Fischer, S. 395.

¹⁹⁴ Angress, S. 427.

¹⁹⁵ Angress, S. 430. Auf S. 452 weist er darauf hin, daß ein großer Teil der Informationen über die militärischen Aspekte des geplanten Aufstandes aus kommunistischen Quellen stammt, deren Zuverlässigkeit er, auch nach meinen Erkenntnissen, zu recht anzweifelt. In Anm. 96 mit Literaturangaben.

¹⁹⁶ Angress, S. 431. Mit der Agitation wurde Pjatakow betraut, ein höherer Beamter der Geheimpolizei und später stellvertretender Kriegskommissar. Er sollte die Aufstellung von Abteilungen einer *Roten Armee* in Deutschland überwachen. Außerdem sollte Wassilij Schmidt, Arbeitskommissar der UdSSR, die Organisation revolutionärer Zellen in den deutschen Gewerkschaften vornehmen. Fünftes und inoffizielles Mitglied war der damalige Botschafter der

„Bürgerkriegsgeneral“ Rose alias Gorew, besser bekannt als Pjotr Alexandrowitsch oder Alexis Skobolewski schickten, um die KPD in Fragen der militärischen Organisation zu unterstützen, begann der eigentliche Aufbau des deutschen *Apparats*.¹⁹⁷ Als ‘Generalstab’ war ein sogenanntes ‘Revolutionskomitee’, abgekürzt ‘REVKO’ vorgesehen, das von August Guralski-Kleine, der seit dem Aufstand im März 1921 berüchtigt und seit Januar 1923 Mitglied der Zentrale war, geleitet wurde. Mit der militärischen Operationen war General Skobolewski beauftragt, der seitdem ‘Reichsleiter’ der Militär-Politischen (MP) Organisation der Partei war. Ihm stand ein ‘Militärrat’ unter der Leitung Ernst Schnellers zur Seite, der sich aus Parteifunktionären zusammensetzte, darunter auch Walter Ulbricht (damals Mitglied der Zentrale).¹⁹⁸ Als nächste Untergliederung folgten sechs regionale militär-politische Befehlshaber (MP-Oberleiter). Die Bezirke entsprachen ungefähr den einzelnen Wehrkreisen der Reichswehr: West, Nordwest, Mitteldeutschland, Berlin, Südwest und Ostpreußen - Bayern blieb außen vor. Die regionalen Befehlshaber, von denen jeder für die militärische Organisation und die vorgesehenen Operationen in seinem Gebiet verantwortlich war, wurden jeweils von einem russischen Militärberater unterstützt, der als Stabschef ohne Kommandogewalt fungierte. Die Gliederung setzte analog auf Bezirks- und Unterbezirksebene fort. Letztere waren die sogenannten ‘Kampfleitungen’, deren Aufgabe es war, die *Proletarischen Hundertschaften* zu organisieren, auszubilden und schließlich in den Kampf zu führen.

Parallel zur MP-Organisation kamen jene Gruppen erneut ins Spiel, die bereits oben erwähnt wurden, um die Arbeit des ‘Militär-Politischen Apparats’ zu unterstützen und zu ergänzen (z.B. T-Gruppen - T für Terror -, Z-Gruppen - Z für Zersetzung, etwa von Reichswehr und Polizei - oder das *Waffen- und Munitionsbeschaffungamt* [WUMBA]). Die Koordination dieser Gruppen und die Verwaltung der geheimen Fonds unterlag dem Sekretär des Politbüros der KPD, Leo Flieg.¹⁹⁹ Vom Zeitpunkt des Losschlagens ab stand die gesamte Aktion unter der Oberaufsicht Radeks und seiner drei Mitvertreter des EKKI stehen sollten.

Die rein militärische Ausbildung blieb im allgemeinen den *Proletarischen Hundertschaften* überlassen, die drillten, Paraden abhielten und in abgelegenen Gegenden geheime taktische Manöverübungen durchführten, wobei sie sich durch strenge Sicherheitsmaßnahmen, wie Wachtposten und Streifen, gegen Entdeckung durch Polizei oder politische Gegner schützten. Probealarme wurden veranstaltet und spezielle Lehrgänge über Handhabung und den Gebrauch von Waffen abgehalten. Der Genuß alkoholischer Getränke während solcher Ausbildungszeiten war streng verboten.²⁰⁰

Die Vorstellung der sowjetischen Führung über die Kräfteverhältnisse in Deutschland entsprang offenbar mehr einer naiven Hoffnung und stellte den entscheidenden Mangel an der Planung dar. Sinowjew ging von 22 Millionen deutschen Arbeitern aus, aus denen sich die Armee rekrutierte, später würden etwa sieben Millionen Landarbeiter zusätzlich in den Agrarbezirken einen starken Einfluß ausüben.²⁰¹ Die KPD verfügte nach eigenen Berechnungen über eine

Sowjetunion, Nikolai Krestinski, der die geheimen Geldfonds verwalten sollte.

¹⁹⁷ Angress, S. 453-456.

¹⁹⁸ Ernst Schneller war später Mitglied des Organisationsbüros oder ‘Orgbüros’.

¹⁹⁹ Geld kam in Dollarwährung aus Moskau über die russische Botschaft in Berlin nach Deutschland. Verbindungsglieder waren der Sowjetbotschafter Krestinski sowie der Vertreter der Kominternabteilung für internationale Verbindungen (Otdjel Meshdunarodnoi Swjase oder OMS) Jacob Mirow-Abramow, der seinen Sitz in der russischen Botschaft hatte und dort formell zur Presseabteilung gehörte.

²⁰⁰ Angress, S. 453-456.

²⁰¹ Angress, S. 434f. verweist auf Sinowjews Artikelreihe „Probleme der deutschen Revolution“ vom Oktober 1923.

Mitgliederstärke von 294.230 Personen - darunter auch Frauen und ältere Männer.²⁰² Zu den 100.000 Mann der Reichswehr kamen dagegen 150.000 gut ausgebildete Polizeibeamten und im Zweifel auch die paramilitärisch organisierten Rechtsverbände.²⁰³ Die Zahl der zur Verfügung stehenden Waffen schwankt zwischen 600 und 50.000.²⁰⁴

Als Ausgangspunkt der Revolution war Sachsen vorgesehen.²⁰⁵ Signal zum Beginn sollte entweder „die Proklamation eines Generalstreiks oder eine größere Konferenz von Arbeiterorganisationen sein“.²⁰⁶ Dann sollten die *Proletarischen Hundertschaften* in allen Teilen des Reiches, mit Ausnahme des besetzten Ruhrgebiets, in Aktion treten, ihre Positionen ausbauen und danach alle verfügbaren Einheiten nach Berlin werfen. Bayern sollte abgeriegelt werden, und in Nord- sowie in Nordostdeutschland, sollten die *Proletarischen Hundertschaften* einen Partisanenkampf führen, da die ländliche Bevölkerung den Kommunisten feindlich gegenüberstand.²⁰⁷

Am 13. Oktober erließ General Müller, Kommandeur des IV. Wehrkreises, ein Verbot aller *Proletarischen Hundertschaften* und ähnlicher Organisationen in Sachsen,²⁰⁸ dem er drei Tage später die Unterstellung der sächsischen Polizei unter die unmittelbare Befehlsgewalt der Reichswehr folgen ließ.²⁰⁹ In Thüringen verbot der zuständige Wehrkreiskommandeur General Reinhardt am 17. Oktober mit einer Verordnung die Ausrufung eines Generalstreiks.²¹⁰ Nachdem am 18. Oktober Zeigner im sächsischen Landtag die Reichsregierung und Reichswehr heftig attackiert hatte, bereitete der Kanzler auf einer Kabinettsitzung am folgenden Tage die Intervention vor. Er teilte dort mit, daß man ihm von illegalen Banden berichtet hätte, die beabsichtigten in Sachsen und Thüringen einzufallen. So wurde Zeigner am 20. Oktober brieflich der Einmarsch der Reichwehrtruppen als Abwehrmaßnahme gegen rechtsradikale bayerische Formationen präsentiert.²¹¹ Obwohl die KPD noch in der Nacht vom 19. auf den 20. Oktober in einem Flugblatt ihre Mitglieder anwies, „sich aller verfügbaren Waffen zu bemächtigen“,²¹² wurde nach heftigen Diskussionen der Aufstand abgesagt.

Die Gründe, warum der Aufstand abgesagt wurde und lediglich zu einer Erhebung in Hamburg führte, können nicht Gegenstand dieser Untersuchung sein.²¹³ Von Bedeutung sind lediglich die militärischen Bedingungen des bewaffneten Aufstandes in der Hansestadt. Nachdem Sinowjew am 1. Oktober 1923 alle Parteibezirke durch ein Telegramm zur Vorbereitung auf den geplanten Aufstand angewiesen hatte, setzte der ‘Polleiter’ des KPD-Bezirks Wasserkante, Hugo

Nach Gast, S. 452 soll die Gesamtzahl der *Proletarischen Hundertschaften* im Oktober 1923 800 betragen haben, mit insgesamt rund 100.000 Mitgliedern.

²⁰² Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages, S. 57.

²⁰³ Angress, S. 457.

²⁰⁴ Angress, S. 458 und Anm. 113. Er gibt weiterhin als Beschaffungsmaßnahmen an: Eigenbau, Diebstahl und Kauf und zählt die unterschiedlichen Probleme jeder Erwerbungsart auf.

²⁰⁵ Angress, S. 436.

²⁰⁶ Angress, S. 456.

²⁰⁷ Angress, S. 456.

²⁰⁸ Angress, S. 467; Rohe, S. 34.

²⁰⁹ Angress, S. 470.

²¹⁰ Angress, S. 472 nach Habedank, S. 80-81.

²¹¹ Angress, S. 475.

²¹² Angress, S. 476.

²¹³ Vgl. dazu Angress, S. 475-510. Lothar Danner, *Ordnungspolizei Hamburg: Betrachtungen zu ihrer Geschichte 1918 bis 1933*, Hamburg 1958, S. 67-65 (der Verfasser war 1923 Kommandeur der Hamburger Ordnungspolizei); Wenzel, S. 226-231, und Habedank, S. 87-108; Voß, S. 9-54.

Urbahns,²¹⁴ am 8. Oktober einen Dreierausschuß ein. Die Leitung der politischen Organisation lag danach bei ihm, die der militärischen bei Hans Kippenberger. Für die Lebensmittelzufuhr war das dritte Mitglied, das namentlich nicht bekannt ist, zuständig.²¹⁵ Vorgesetzter von Kippenberger war der MP-Oberleiter Nordwest, Albert Schreiner, der von dem russischen General Lazar Stern beraten wurde.²¹⁶

In Hamburg existierte ein durchorganisiertes kommunistisches Ordnersystem, das nach Wohnbezirken aufgebaut war. Kleinste Einheit war die Gruppe mit einer Mitgliederstärke von ungefähr zehn Personen.²¹⁷ Den Übergang zum festeren Organisationsprinzip der *Proletarischen Hundertschaften* vollzog der Bezirk Wasserkante in Verbindung mit verstärkten Ausbaumühnungen im Juli 1923, obwohl bereits eine sozialdemokratische Konkurrenzorganisation, die *Vereinigung Republik* existierte.²¹⁸ Am 17. Oktober „wies Urbahns die Kommissare im Bezirk Wasserkante an“, den Ausbau zur Kampforganisation zu intensivieren.²¹⁹ Zu Beginn des Aufstandes existierten in den östlichen Gebieten Hamburgs, in Hohenfelde, Eilbek, Barmbek, Bramfeld und Wandsbek, zwei Züge mit 500-600 Mitgliedern.²²⁰ Darüber hinaus bestanden Gruppen in Eimsbüttel und Hamm, sowie in einigen umliegenden preußischen Gemeinden. Insgesamt wird die Mitgliederstärke kaum mehr als 900 betragen haben, das heißt, daß der alte Ordnerdienst im wesentlichen personell bestehen geblieben war.²²¹ Kippenberger gestand den Führern „ein erhebliches Maß von Selbständigkeit bei der Ausbildung ihrer Leute“ zu.²²² Der Strategie entsprechend gingen am 23. Oktober um 2 Uhr früh einige Sonderkommandos daran, Hamburg von der Außenwelt abzuschneiden.

Allerdings konnten sich einige der Sprengkommandos nicht einigen, die Eisenbahngleise, Fernsprechkabel und Telegraphendrähte zu unterbrechen, Gegen 5 Uhr früh wurden Polizeirevieren in den Stadtbezirken Barmbek, Wandsbek, Hamm, St. Georg, Schiffbek, Eimsbüttel, Hummelsbüttel angegriffen und binnen weniger Stunden 17 von insgesamt 26 im Sturm genommen.²²³ Nachdem aber bereits am ersten Tag des Aufstands deutlich wurde, daß

²¹⁴ Urbahns, ein ehemaliger Lehrer war seit 1921 Parteisekretär. (vgl. Angress, S. 481)

²¹⁵ Angress, S. 481. Voß, S. 20 bezeichnet die Zusammensetzung ebenfalls als unklar. Sie meint, daß statt Kippenberger möglicherweise Rudolf Hommes militärischer Leiter war. Als drittes Mitglied gibt sie Karl Köppen oder Gustav Faber an. Voß, S. 21 unterscheidet nach einem Konflikt Kippenbergers mit der Parteileitung wegen dessen zu offensichtlicher militärischer Vorbereitungen regional differenzierte Kampfleitungen. Während des Aufstands habe Kippenberger die Kampfleitung in Barmbek gehabt und Fritz („Fiete“) Schulze in Schiffbek, einem Teil des heutigen Billstedts.

²¹⁶ General Lazar Stern wurde unter den Namen Emilio Kleber im Spanischen Bürgerkrieg bekannt. Angress, S. 482 weist aber darauf hin, daß die Identität umstritten sei und verweist auf Hugh Thomas, *Der spanische Bürgerkrieg*, Frankfurt/Main-Wien-Zürich 1964, S. 237, der keine Zweifel hat, sowie Gabriel Jackson, *The Spanish Republic and the Civil War 1931-1939*, Princeton, N.J., 1965, S. 319, Anm. 5, der die Identität bezweifelt.

²¹⁷ S. Voß, S. 19. Die Autorin bringt allerdings den Ordnerdienst und die *Proletarischen Hundertschaften* durcheinander. Ebd. bringt unter Hinweis auf StaH, Landesjustizverwaltung I Eb 14a 14 Vol. 3, ein Beispiel, das auf die Arbeit des *Apparats* hinweist. So wurden die Gruppen in einem Rundschreiben der Zentrale vom 12.10.1923 zur Beobachtung „arbeiterfeindlicher Elemente“ und zu verstärkter agitatorischer Tätigkeit aufgefordert.

²¹⁸ Zu den Gründungsproblemen vgl. Voß, S. 20)

²¹⁹ Warum Voß, S. 19 die Bezeichnung „Kommissare“ wählt, ist nicht erkennbar.

²²⁰ Voß, S. 20.

²²¹ Widersprüchlich sind die Angaben von Kippenberger, der 1924 die Größe der Hamburger Kampforganisation mit 1300 Mann angab, andererseits aber von 15 Hundertschaften mit je 40-60 Mitgliedern sprach. Vgl. Kippenber in: (A. Neuberg), *Der bewaffnete Aufstand*, Frankfurt/M. 1971, S. 75f., hier nach Voß, S. 20.

²²² Angress, S. 483. Voß, S. 19 gibt an, das besonders auf dem Lande „Erfindergeist, Energie und Selbständigkeit“ gefordert wurde und besonders vor frühzeitigen Kämpfen gewarnt worden war.

²²³ Angress, S. 486.

die Bevölkerung die Unterstützung versagte, war das Scheitern unumgänglich. Lediglich in Barmbek wurde noch am 24. und vereinzelt sogar bis zum 25. Oktober gekämpft.²²⁴ Die Anzahl kommunistischer Kämpfer wurde nach eigenen Angaben mit nur 300 angegeben,²²⁵ dazu noch 1000 „Helfer“ beim Barrikadenbau.²²⁶ Übereinstimmend wird von einem Mangel an Waffen berichtet.²²⁷

Nachdem Ebert am 29. Oktober die Mitglieder der sächsischen Landesregierung gemäß Artikel 48 der Reichsverfassung ihrer Ämter entheben ließ, wurde der Reichstagsabgeordnete der Volkspartei, Dr. Rudolf Heinzle, zum Reichskommissar für Sachsen ernannt. Zwei Tage später wählte der Landtag den als gemäßigt geltenden Sozialdemokraten Dr. Karl Fellisch zum neuen Ministerpräsidenten.²²⁸

Die dritte Niederlage der KPD (1919, 1921, 1923) führte zu der kuriosen Situation, daß diejenigen, die vor der Aktion am eindringlichsten gewarnt hatten, die rechte Brandler-Fraktion, ihren Einfluß in der Partei einbüßten, und die Linken unter Ruth Fischer und Arkadi Maslow für die kommenden eineinhalb Jahre bestimmend wurden. Zu verstehen ist diese Situation nur durch die inneren Kämpfe innerhalb der Sowjetunion, auf die hier einzugehen nicht der Platz ist.²²⁹

Gründung des RFB

Obwohl die *Proletarischen Hundertschaften* in den Kämpfen des Jahres 1923 zerschlagen worden waren und die Kommunistische Partei auf eine Weiterführung bzw. Erneuerung der Wehrverbände offiziell verzichtet hatte, ging die Diskussion darum schon bald weiter. So wurde in den ‘Lehren der deutschen Ereignisse’ des Präsidiums des EKKI vom Januar 1924 die Arbeit in den ‘Organen der Einheitsfront von unten’, zu denen besonders die bewaffneten *Hundertschaften* zählten, als vordringlich hervorgehoben.²³⁰ Trotzki und Radek brachten einen Entwurf ein, der im wesentlichen eine Fortsetzung und Erweiterung der Ordnertruppen vorsah. Danach sollten die Hundertschaften auch auf der Straße „zur Verteidigung der Demonstrationen der streikenden Arbeiter gegen die Gewalttaten der faschistischen Diktatur“ eingesetzt wer-

²²⁴ Angress, S. 487/Anm. 60 vermerkt: „Die deutschen Kommunisten haben dem Aufstand jedoch eine symbolische Bedeutung verliehen, die ihm niemals zukam. So wurden die Hamburger Barrikaden zu dem Thermopylen der Partei, und Thälmann ihr Leonidas.“

²²⁵ Angress, S. 487/Anm. 60 vermutet, daß dies „vermutlich in der Absicht, den heroischen Charakter dieser Erhebung zu unterstreichen“, geschah. Thalheimer (S. 27) nennt sogar nur 200 Kämpfer, während Valtins (S. 71) die Zahl auf 1200 schätzt. Die Schätzungen der Polizei beliefen sich auf 5000 Aufständische (zit. in Wenzel, S. 230), was den Verdacht aufkommen läßt, daß damit die Schwierigkeiten der Polizeitruppen, dem Aufstand zu begegnen, gerechtfertigt werden wollten. Dann nennt nur vereinzelte Zahlen für die verschiedenen Kampfhandlungen, die er schildert. Die Zahl der getöteten Kommunisten wurde von der *Hamburger Volkszeitung* vom 22. Oktober 1927 mit 24 angegeben.

²²⁶ Ebd. zit. nach Wenzel, S. 229.

²²⁷ Ebd. benennt: Habedank (S. 203), Zeuschel (S. 23) erwähnt 80 Gewehre „und die doppelte Menge Pistolen“. Brandler nannte Wenzel die Zahl von 196 Gewehren; die Schätzungen der Polizei waren zu der Zeit allerdings höher (Wenzel, S. 230). Voß, S. 20 macht die schlechte Ausrüstung dafür verantwortlich, „daß vor Beginn der Kampfhandlungen in Hamburg viele Mitglieder absprangen“.

²²⁸ Angress, S. 492.

²²⁹ Vgl. Angress, S. 493-510.

²³⁰ Bu.A. Koblenz, Akten der Reichskanzlei, R 43 I Fasz. 2671 B. 68, ‘Die Lehren der deutschen Ereignisse’. Das Präsidium des *Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale* zur deutschen Frage, Januar 1924, Hamburg (1924), hier nach Schuster, S. 20.

den.²³¹ Angenommen jedoch wurde die eher verschwommene Konzeption Sinowjews, hinter der sich die Vorstellung einer nicht näher definierten Roten Armee verbarg. In seinem Thesenentwurf heißt es ausdrücklich:

„Die KPD darf keinesfalls die Frage des bewaffneten Aufstandes und der Eroberung der Macht von der Tagesordnung absetzen [...] Mit aller Hartnäckigkeit muß die Bewaffnung der Arbeiter, die technische Vorbereitung der entscheidenden Kämpfe fortgesetzt werden. Rote Hundertschaften lassen sich nicht auf dem Papier finden, sondern in Wirklichkeit nur dann, wenn mit ihnen die ganze Arbeitermasse sympathisiert und sie unterstützt. Zur Erreichung dieser Unterstützung und dieser Sympathie ist es unerlässlich, sie in engstem Zusammenhang mit den Teilkämpfen des Proletariats zu entfalten.“²³²

Rund zwei Monate nach Aufhebung des vom 23. November 1923 bis 1. März 1924 dauernden KPD-Verbots waren sich auf dem IX. Parteitag der KPD (7.-10. April 1924) alle Fraktionen über das Motto der *Einheitsfront von unten* und der Schaffung entsprechender Organe grundsätzlich einig.²³³ Unterschiedlich wurde lediglich die Gewichtung der Aufgaben betont. Legten die zu dem Zeitpunkt in der Opposition stehenden *Linken* den Schwerpunkt auf Agitation und Propaganda, so wollten die anderen die Bewaffnung in den Vordergrund stellen.²³⁴ Beschlossen wurde die

„Schaffung von Organen zur Führung dieser (Teil-) Kämpfe. Ständige Aktivität in der Schaffung von Einheitsfrontorganen (Betriebsausschüssen, Hundertschaften, Kontrollausschüssen, Räten), auch wenn die Kommunisten zunächst in ihnen noch um die Führung ringen müssen. Dabei geschickte und schnelle Verdrängung etwaiger gegnerischer Funktionäre.“²³⁵

In der neuesten Forschung macht Mallmann für die Gründung des RFB „weder die vielbeschworene Notwehrsituation noch die Konkurrenz durch die ebenfalls 1924 vollzogene Bildung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold“ als das primäre Motiv fest. Auch sieht er entgegen der eindeutigen Quellenlage ebensowenig die Absicht, mit der Gründung einen „Ersatz für die verbotenen Proletarischen Hundertschaften von 1923“ schaffen zu wollen.

„Der RFB sollte nicht der Aufstandsvorbereitung dienen, sondern war eine Antwort auf die revolutionäre Flaute in der Phase der relativen Stabilisierung, war die organisatorische Kompensation der zu Ende gegangenen Kampfzeit. Um in dieser Phase als Massenpartei überleben zu können, kultivierte die KPD jene militaristischen Identifikationsangebote, die bislang von den Wehrverbänden der Rechtsparteien und vom Reichsbanner mit erstaunlichem Erfolg genutzt worden waren, knüpfte an jenen ‘Militarismus der kleinen Leute’ an, den die Kriegervereine der wilhelminischen Ära gepflegt hatten, instrumentalisierte sie mit dem im linken Spektrum bislang kaum verarbeiteten Kriegserlebnis ein brachliegendes Feld der kollektiven Biographie der Partei. Als kommunistischer Kriegerverein sollte der RFB die ‘zackigen’ Attitüden bewahren und deren Werbeeffekt nutzen; es ging um Agitation auf der Straße, nicht aber um militärische Verwendbarkeit, denn - so die Erkenntnis aus den zurückliegenden Kampffahren - ‘die vorbereitende Schaffung einer roten Armee ist in Deutschland eine Utopie’.“²³⁶

Obwohl Mallmann zu erschreckend falschen Schlußfolgerungen kommt, beinhalten die genannten Argumente die zentralen Aspekte zur Beurteilung des Phänomens. Entscheidend ist

²³¹ Ebd., Bl. 68, hier nach Schuster, S. 20.

²³² Ebd., Bl. 58, Entwurf Sinowjew, zitiert nach Schuster, S. 21.

²³³ S. Schuster, S. 21.

²³⁴ Schuster, S. 21 zitiert weiter aus dem ‘Bericht über die Verhandlungen des IX. Parteitages der KPD [...]’, S. 267: „Wir werden natürlich proletarische Hundertschaften nicht ablehnen, weil die Arbeiter begreifen müssen, daß die Bewaffnung des Proletariats notwendig ist“.

²³⁵ Bericht über die Verhandlungen, S. 387, zit. nach Schuster, S. 21.

²³⁶ Mallmann 1996, S. 193.

neben der Verbindung aller positiv wie negativ genannten Teilansichten allerdings die richtige Nutzung der historischen Quellen.

1. Die 'Notwehrsituation' fand sich in dem 'Schutz- und Abwehr-Mythos', der nicht von einem Propagandisten entwickelt worden war, sondern allen vergleichbaren Organisationen innewohnte. Trotz der Eindeutigkeit der Beschlußlage innerhalb des EKKI und der KPD-Führung wurden zur Erklärung der Gründung des RFB, besonders in den späteren Würdigungen, die blutigen Zusammenstöße des Stahlhelmtages in Halle vom 11. Mai 1924 als Ursache genannt.²³⁷ Schuster, der dieser Einschätzung nachgegangen ist und der Wahrheit ziemlich nahe gekommen sein dürfte, kommt zu dem Schluß, daß der provokativen Vorgehensweise des preußischen Innenministers Severing (bzw. seines Staatssekretärs Dr. Meister) eine nicht weniger aggressive Herangehensweise der KPD entgegenstand.²³⁸ In den Primärquellen spielte der 'Blutsonntag von Halle' als Gründungsmythos kaum eine Rolle. Bedeutsamer war die These einer grundsätzlichen Abwehr nationaler Frontkämpferorganisationen, deren Aktivität seit dem Verbot von KPD und den *Proletarischen Hunderschäften* zunahm.²³⁹ Die Situation jener Zeit kann in vielen Bereichen nur als 'Kalter Bürgerkrieg' bezeichnet werden, der wiederholt die Grenzen zu einem wirklichen Bürgerkrieg überschritt. An der Eskalation waren auf kommunistischer Seite besonders die Presseorgane beteiligt, die in diesem Zusammenhang beispielsweise durch *Die Rote Fahne* den Satz prägten, der auch in späteren Liedadaptionen seinen Niederschlag fand:

„Arbeiter, schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“²⁴⁰

Auf einer von der Parteiführung einberufenen Sitzung in Berlin diskutierten nach dem blutigen 11. Mai²⁴¹ Karl Retzlaw (d.i. Karl Gröhl, neben Thälmann Leiter des M- und N-Apparates der KPD)²⁴², Schneller und einige andere ZK-Mitglieder, zwei nicht namentlich vorgestellte russische Offiziere sowie Wolfgang von Wiskow (Mitarbeiter von Retzlaw) über Konsequenzen. Laut Retzlaw habe Hugo Eberlein „vorgeschlagen, der Organisation den Namen *Roter Frontkämpferbund*, der von den Resten der Hunderschäften in Halle geprägt worden sei zu geben“.²⁴³ Die teilweise noch illegal existierenden Reste des Vorläufers sollten den Grundstock für die neue Organisation bilden. Zu Ehren der Hallenser Genossen sollte die offizielle Gründung des Bundes dort stattfinden.

2. Die vorgesehene Uniformierung und das Auftreten mit Musikzügen habe sich laut Retzlaw am *Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold* orientiert und sollte das Selbstbewußtsein der Mitglieder heben. Widerspruch sei von den Vertretern des M-Apparats gekommen, die sich gegen eine Imitation der Wehrverbände der Rechtsparteien und des RB ausgesprochen hätten.²⁴⁴

„Revolutionäre dürfen sich nicht uniformieren, sie müssen alles vermeiden, was nach Nachahmung des Militarismus aussehen könnte. Jedes militärähnliche Brimborium mit Kriegsvereinsgeschmack müsse vermieden werden.“²⁴⁵

²³⁷ Dünow, S. 22ff.; Wunderer, S. 86f.; Günter Bers, *'Rote Tage' im Rheinland*, S. 4; Schuster, S. 22 (Anm. 13) verweist außerdem auf Lohse, S. 50ff.

²³⁸ Schuster, S. 22ff.

²³⁹ S. z.B. Fritz Wege, Zur Entwicklung des Roten Frontkämpferbundes als revolutionäre Massenorganisation des deutschen Proletariats, in: Pädagogische Hochschule *Karl Liebknecht* Potsdam, Heft 2/1977, S. 274.

²⁴⁰ *Die Rote Fahne* Nr. 52, v. 15. Mai 1924. Vgl. u.a. Tucholskys „Rosen auf den Weg gestreut“.

²⁴¹ Schuster S. 23f. Das genaue Datum des Treffens nennt er leider nicht.

²⁴² Vgl. Schuster, S. 23ff. Die folgende Schilderung bezieht sich auf private Mitteilungen von Retzlaw an Schuster.

²⁴³ Ebd., S. 24.

²⁴⁴ Ebd.

Außerdem wiesen sie auf eine zu starke finanzielle Belastung für arbeitslose Kommunisten hin, die bei der Anschaffung der Uniformstücke auftreten würde. Nach Retzlaws Auskunft versprachen sich besonders die beiden russischen Vertreter von der „Uniformierung in Verbindung mit dem neuen Namen einen günstigen Einfluß auf die Disziplin der Mitglieder“. ²⁴⁶

In diesem Zusammenhang steht auch Mallmanns Vorwurf der Anknüpfung an jenen „Militarismus der kleinen Leute“, den er ebenfalls mit den Kriegervereinen der wilhelminischen Ära in Verbindung bringt. Die Assoziation ist natürlich nicht grundsätzlich falsch, muß jedoch der Realität der Revolution von 1918/19 gegenübergestellt werden. Damals waren es gerade die uniformierten Soldaten, die Träger der Ereignisse waren und die im Verlauf der Aktivitäten des RFB (insbesondere in Gestalt der *Roten Marine*) zum Symbol der Bewegung wurden. Aus dieser Tradition heraus entstand die eigenwillige Symbiose eines Kommunismus aus Arbeitern und Soldaten mit besonderen preußisch-militaristischen Wurzeln, angereichert um Eigenarten des russischen Militarismus.

3. Die Vertreter des M-Apparates vertraten die Ansicht, daß es besser sei, eine kleine militärische Kaderorganisation aufzubauen, was faktisch einer Erweiterung ihrer Organisation und deren Bedeutung entsprochen hätte. ²⁴⁷ Die unterschiedlichen Ansichten entlarven sich selbst allzu häufig als Konkurrenzverhalten einzelner Personen oder Gruppen. Inwieweit die Form der Organisation Alibicharakter hat, ist allerdings nicht daraus zu erschließen, da die Alternativen zu undeutlich dargestellt wurden. Durchgesetzt haben sich schließlich Thälmann und die Linken, denen dieser zu dem Zeitpunkt zugerechnet wurde, im Sinne der bereits erwähnten Beschlüsse des EKKI und der KPD. Retzlaw, der zudem enge Bindungen zur Brandler-Fraktion unterhielt, wurde „aus der Parteiarbeit entlassen“. ²⁴⁸ Es begann die Umformung und Vereinheitlichung von *Proletarischen Hundertschaften* (PH), Ordnerdiensten (OD) und regionalen ‘Schutz’-Formationen in eine zentralistische Massenorganisation mit der Mischung einer militärischen Formation neuen Stils, die in ihrer Parteigebundenheit nur vergleichbar mit der SA war.

Nach der Erkenntnis einer (zumindest zu jenem Zeitpunkt) Undurchführbarkeit der Machtübernahme durch die revolutionäre Aktion, auf der rechten wie auf der linken Seite, war eine Politisierung eingetreten. ²⁴⁹ Die starke Mitgliederfluktuation innerhalb fast aller Verbände und die damit verbundene Wanderbewegung zwischen den unterschiedlichen Organisationen offenbart die Suche nach Identität, die besonders innerhalb der Jugend mit einer zunehmenden Radikalität verbunden war. Der Typ des politischen Kampfbundes zeigte die verschiedenartigsten Variationen vom gemäßigten *Jungdeutschen Orden* über die Traditionsverbände wie *Stahlhelm* oder *Wiking* zu radikalen parteigebundenen Verbänden wie RB, SA und RFB. ²⁵⁰ Hinzu kam die Angst einiger Mitglieder vor dem Absinken des Verbandes zum Kriegergedenkverein in Verbindung mit einer Vereinsmeierei. ²⁵¹

²⁴⁵ K. Retzlaw, *Spartakus, Aufstieg und Niedergang, Erinnerungen eines Parteiarbeiters*, Frankfurt/M. 2. Aufl. (1972), S. 300, hier nach Schuster, S. 24.

²⁴⁶ Schuster, S. 24.

²⁴⁷ Nach Schuster, S. 24f. war von Wiskow der Meinung, „eine proletarische Truppe lasse sich nur in solchen Zeiten heranbilden, in denen die wirtschaftlichen Verhältnisse zur Revolution drängten und in denen mit alsbaldigen Kämpfen mit der Staatsmacht zu rechnen sei. Da diese Voraussetzung fehle, könnten die Aufgaben der KPD zur Zeit nur darin bestehen, ‘Führer’ aus ihren Reihen für die kommenden Kämpfe heranzuziehen.“

²⁴⁸ K. Retzlaw, *Spartakus*, S. 300f., hier nach Schuster, S. 25.

²⁴⁹ Vgl. Werner, S. XXVII.

²⁵⁰ Ebd.

²⁵¹ Vgl. Angress, S. 24.

4. Konkurrenz zum Reichsbanner (RB) konnte naturgemäß nicht gegeben sein, da bei den ersten Gründungsgedanken dieses noch gar nicht existierte. Nachdem die Schaffung einer eigenen Frontkämpferorganisation im größeren Kreise diskutiert und das RB im Februar 1924 gegründet worden war, veränderte sich die Lage (zumindest für die argumentative Auseinandersetzung). Zu jenem Zeitpunkt war die Stimmung an der Basis durchaus gemischt. Neben Befürwortern und Gegnern einer eigenen 'proletarischen Wehrorganisation' sahen viele Mitglieder in der sozialdemokratisch geführten Wehrformation eine sinnvolle Alternative als „einheitliche Schutz- und Wehrorganisation“.²⁵² Obwohl die Vorgaben durch das EKKI und die KP-Führung eindeutig waren, sollte zur Klärung der Gegensätze eine Kommission eingesetzt worden sein, die „nach eingehender Untersuchung“ zu dem Resultat kam, daß dieser Weg unmöglich zu gehen sei, da das RB „eine streng autokratisch organisierte Vereinigung“ sei, in der die Leitung und „alle Entscheidungen ausschliesslich in den Händen der Führung“ lag und die „auch über die Aufnahme der Mitglieder endgültig zu entscheiden“ habe.²⁵³ Sie würde die Aufnahme kommunistischer Mitglieder einfach ablehnen. Weiter heißt es in einem internen Bericht vom September 1924:

„Es wurde deshalb beschlossen, RB Zersetzungsarbeit zu leisten und die entsprechenden Kräfte nach dort abzukommandieren; für die breite Masse der revolutionären Arbeiter jedoch einen eigenen Bund, den Roten Frontkämpfer-Bund, ins Leben zu rufen. [...] Daraufhin beschloß die Z., die Gründung vorzunehmen. Die Gründungen sollten in der Antikriegswoche offiziell erfolgen. Dabei wurde bestimmt, dass die offizielle Gründung nicht zuerst von Berlin aus, sondern in den Bezirken Halle-Merseburg und Thüringen erfolgen sollten, sodass von dort aus die Anregung zu weiteren Gründungen gegeben wurde. Ende August wurde dann die zentrale Bundesleitung in Berlin ins Leben gerufen, die dann die weitere Arbeit für Gründung und Ausbau der Organisation in Angriff nahm.“²⁵⁴

Später sah der Bericht in dem „Zulauf aus Arbeiterkreisen“, der seit der Gründung des *Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold* erfolgt sei, ein „Bedürfnis in der Arbeiterschaft“, die „Teilnehmer am Weltkrieg organisatorisch zusammenzufassen.“²⁵⁵

5. Die propagandistische These der *spontanen Gründungen* wurde im August 1924 von Hugo Eberlein u.a. folgendermaßen dargestellt:

„Aus allen Teilen des Reiches kommen Nachrichten von spontanen Gründungen roter Frontkämpfer-Organisationen, in denen die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiter sich vereinigen. Diese Gründungen, die wahllos in den verschiedenen Orten des Reiches vorgenommen werden, sind u.E. eine Folge des Auftretens der nationalen Frontkämpfer-Organisationen, die im Laufe des letzten Jahres wie Pilze aus der Erde schossen“.²⁵⁶

Mit dieser zweckgerichteten Behauptung hoffte die Zentrale der KPD einerseits, einem möglichen Verbot aufgrund einer unterstellten (und tatsächlichen) Steuerung des RFB durch die Partei vorzubeugen und andererseits die gewünschte Funktion des Kampfbundes als Sammelbecken aller 'revolutionären Arbeiter' zu ermöglichen. Auch die unterschiedlichen Gründungsangaben resultieren aus den verschiedenen Aspekten des sie umgebenden Mythos', insbesondere dem der - von der Parteipresse propagierten - spontanen Manifestationen. Die

²⁵² S. Finker, S. 15.

²⁵³ *Bericht über die Gründung des Roten Frontkämpfer-Bundes*, Berlin 23.9.1924.

²⁵⁴ Ebd., S. 2.

²⁵⁵ Ebd., S. 1.

²⁵⁶ HVZ v. 12.8.1924. Ebenso sprach z.B. *Der Kämpfer*, Organ der KPD-Sektion der KI - Bezirk Sachsen, v. 18.7.1924, abgedruckt bei Weber, H. (Hrsg.), *Der deutsche Kommunismus*; Dokumente Köln-Berlin, 1963, hier nach Schuster, S. 25, Anm. 28.

Gauleitung Thüringen datierte die erste Gründung einer RFB-Formation auf den 28. Juni in Hildburghausen bei Schnet im Thüringer-Wald.²⁵⁷ Finker datiert den gleichen Vorgang auf den 5./6. Juli und gibt als Rahmenprogramm eine Sonnenwendfeier an.²⁵⁸ *Die Rote Fahne* gab als Ort und erstes Datum einer offiziellen Gründungsversammlung des RFB Halle (Sachsen) den 18. Juli an.²⁵⁹ Ein weiterer Grund für die unterschiedlichen Gründungsdaten dürfte in den immer neuen Aufstellungen von Saal- und Demonstrationsschutzformationen liegen, die als Element der Zeit bei allen politischen Richtungen auftauchten (vgl. Einführung). Während der gesamten Zeit des Bestehens des RFB sorgte die *Spontan-Gründungs-These* für interne Auseinandersetzungen um das Verdienst, die erste Gruppe des Bundes gewesen zu sein.²⁶⁰

Die DDR-Forschung hatte bis in die sechziger Jahre allein die These der spontanen Gründungen beibehalten.²⁶¹ Als Ursache wurde die „Provokation des Proletariats durch die reaktionären Banden“ genannt.²⁶² Ein gezielter Aufbau sei schon „aufgrund der sektiererischen Politik der Parteifeinde Fischer und Maslow“ unmöglich gewesen.²⁶³ Erst Ernst Thälmann habe ‚die Bewegung‘ in „eine festgefügte und schlagkräftige Organisationsform hinübergeleitet“.²⁶⁴ Während in den siebziger Jahren teilweise eine eher nebulöse Darstellungsweise stattfand,²⁶⁵ arbeitete Finker 1980 mit einer Art ‚reduzierter Spontaneität‘, indem er die Gründungsdarstellung aus Anlaß der Sonnenwendfeier und die in ihrer Existenz unzureichend begründete provisorische Bezirksleitung Thüringens von Mitte Juli 1924 als Ausgangspunkt des RFB ansetzte.²⁶⁶ Der hierin enthaltene grundsätzliche Zwiespalt scheint in der kommunistischen Tradition zu liegen, die einerseits an die „spontane revolutionäre Selbsttätigkeit des Proletariats“ und andererseits an die „alles wissende, alles entscheidende Führerrolle der Partei“ glaubte.²⁶⁷ Mindestens ebenso bedeutsam ist die Tabuisierung des allgemeinen militärischen Klimas jener Jahre und seine Erscheinungsformen insbesondere im Umfeld der KP, die durch die Kombination von

²⁵⁷ Bericht der Gauleitung Thüringen zur 3. Reichskonferenz, hier nach Schuster, S. 34; ders. S. 35 sieht eine mögliche Ursache für die Behauptung, Thüringen sei die ‚Geburtsstätte‘ des RFB, in der Tatsache begründet, daß sein Gründer, Richard Richter, bis zu seinem Tode im Januar 1929 als Ausschußmitglied in der Bundesleitung tätig war.

²⁵⁸ Finker S. 17 (nach Werner Fritsch, *Der Kampf des Roten Frontkämpferbundes gegen Faschismus, Militarismus und Kriegsgefahr in Thüringen*, Erfurt 1966, S. 300) spricht von einer „proletarischen Sonnenwendfeier, bei der der Grundstein für einen Gedenkstein zu Ehren Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs gelegt wurde“.

²⁵⁹ *Die Rote Fahne* Nr. 74 v. 20.7.1924, S. 25. Angekündigt war eine weitere Gründung in Jena für den gleichen Tag und für den 19. Juli in Apolda, hier nach Schuster, S. 35f., ders. sieht (unter Berufung auf Weber, *Der deutsche Kommunismus*, Dokumente, S. 93, Anm. 26) den Ausgangspunkt im Gau Halle-Merseburg.

²⁶⁰ Auf der 3. Reichskonferenz (März 26) zweifelte z.B. Kamerad Beiersdorf aus Thüringen an, „dass der Grundstein unserer Organisation in Halle gelegt worden“ sei und meinte, der „Jahresbericht hat bewiesen, dass die erste Gründungsfeier in Schnet stattgefunden“ habe (LAS 301-4546). Schuster, S. 26 hält dem Spontaneitätsbegriff den des ‚romantischen Überschwangs‘ entgegen, was angesichts der geschilderten militärischen Zusammenhänge recht naiv anmutet. Er bringt allerdings ein interessantes Detail zur Sprache, das ihm von Karl Retzlaw mitgeteilt wurde. So soll es eine Hundertschaft gegeben haben, „die aus dieser Stimmung heraus ihre Korrespondenz nur noch in roter Tinte abwickelte“.

²⁶¹ Vgl. Dünow, S. 25; Schuster, S. 26 verweist zusätzlich auf Lohse, S. 51.

²⁶² Ebd.

²⁶³ Lohse, S. 51, hier nach Schuster, S. 26.

²⁶⁴ Ebd. Desgleichen Fritz Wege, „Zur Entwicklung des Roten Frontkämpferbundes als revolutionäre Massenorganisation des deutschen Proletariats“, in: *Pädagogische Hochschule ‚Karl Liebknecht‘ Potsdam*, Wissenschaftliche Zeitschrift Jg. 21/ 1977, Heft 2, S. 274.

²⁶⁵ Wege, S. 274 geht allerdings nicht auf den Zusammenhang mit den Beschlüssen des EKKI und den politischen Verwicklungen mit Moskau ein. Er schreibt lapidar, der RFB sei „im Sommer 1924 auf Beschluß der Zentrale der KPD in den einzelnen Länder des Deutschen Reiches gegründet“.

²⁶⁶ Finker, S. 17.

²⁶⁷ Schuster, S. 26f. und S. 227.

Spontaneitäts- und *Schutz-Mythos* kaschiert wurde.

Um die Spontaneität und die Unabhängigkeit des RFB von der Partei zu demonstrieren, wurde eigens ein Briefwechsel zwischen dem Bundesvorstand des RFB und der Zentrale der KPD produziert. Obwohl sich die BL bereits am 22. August 1924 wegen organisatorischer Fragen mit je einem Schreiben an die Bezirksleitungen der KPD und an die bis dato kaum vorhandenen Bezirksleitungen des RFB gewandt hatte,²⁶⁸ schrieben die anfänglich eingesetzten Vorstandsmitglieder Seemann und Kakies²⁶⁹ am 17. September 1924 einen Brief an „die Zentrale der KPD“ mit der Bitte um Zusammenarbeit. War der erste vom 22. August im Indikativ gehalten, hatte der jetzige, für die Propaganda nach außen, einen anderen Ton eingeschlagen:

2.4

„Werte Genossen und Kameraden!

Wie Euch schon aus der Presse bekannt sein dürfte, hat sich im Reichsmaßstabe ein ‘Roter-Frontkämpfer-Bund’ gebildet, über dessen Ziele die beiliegenden Satzungen Aufschluß geben. Es ist uns ein Bedürfnis, mit der proletarischen Partei in Verbindung zu treten, deren Ziel es ist, das Klassenbewußtsein zu fördern und die in allen ihren Handlungen vom Boden des Klassenkampfes ausgeht. Eines unserer Hauptziele ist die Verhinderung imperialistischer Kriege, deshalb können und wollen wir uns in keiner Weise mehr als Schildhalter der kapitalistischen Gesellschaftsordnung hergeben, im Gegensatz zum ‘Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold’, das in seinen Kundgebungen und Taten aktiv Stellung nimmt für das Kapital, gegen die unterdrückten Werktätigen. Selbstverständlich halten wir es für unsere Pflicht, die durch eine reformistische und kapitalistische Führerschaft im Reichsbanner irrefeleiteten Proletarier aufzuklären, den Führern des Reichsbanners dagegen sagen wir den schärfsten Kampf an.

Den nationalistisch-faschistischen Organisationen gilt unser Kampf in gleichem Maße.

Wir bitten Euch, Genossen und Kameraden, zu unserer Organisation Stellung zu nehmen und uns Euren Bescheid mitzuteilen. Insbesondere fragen wir hierdurch bei Euch an, ob Ihr gewillt seid, uns moralisch zu unterstützen und in Eurer Presse unsere Publikationen usw. aufzunehmen. Wir erwarten baldmöglichst Euren Bescheid.“²⁷⁰

Die Forderung nach baldmöglichem Bescheid, die von einer tatsächlich unabhängigen Organisation sicherlich als unverschämt empfunden worden wäre, kam auffällig schnell. Bereits auf den folgenden Tag ist die Antwort der Zentrale datiert, in der es u.a. heißt:

„Wir haben Euer Schreiben erhalten und teilen Euch mit, daß wir Euren Bestrebungen mit der größten Sympathie gegenüberstehen. Wir sind gern bereit, Euch unsere Presse zur Verfügung zu stellen und hoffen mit Euch, daß es gelingen möge, die Proletarier aus dem reformistischen und kapitalistischen Einfluß zu lösen.“²⁷¹

In Bremen wurde am 30. September 1924 eine erste Ortsgruppe gegründet,²⁷² von der es einen Monat später in der Bremer *Arbeiter Zeitung* (AZ) hieß: „Auch im hiesigen Bezirk erfolg-

²⁶⁸ Nach StaHB 4,65-1286/25, Anl. 1 zu Pol.B Nr. 3796/24 geh. geht aus einem Schreiben der BL a.d. Bezirksleitungen d. KPD v. 22.8.1924 hervor, daß die BL sich an die KP wandte, damit diese einen geeigneten Genossen mit der Organisation des RFB beauftragte. Die Partei sollte weiter den Namen dieses Genossen an die BL mitteilen. Nach StaHB 4,65-1286/25, Anl. 2 zu Pol.B Nr. 3796/24 geh. wurde weiterhin in einem Schreiben gleichen Datums und Absenders a.d. Bezirksltg. die Adresse der BL für die gesamte Post des RFB angegeben und dazu aufgefordert, für den Briefverkehr neutrale Umschläge zu verwenden und als Absender eine Privatperson anzugeben. Weiter sei von Bedeutung, daß die Mitglieder außer ihrem Namen, ihrer Wohnung und ihrem Lebensalter anzugeben haben, in welcher Waffengattung sie ausgebildet waren und welchen Dienstgrad sie beim Militär bekleidet hatten.

²⁶⁹ Nach StaHB 4,65-1245, Pol.LB Nr. 107 v. 11.10.1924 war Seemann gleichzeitig Leiter des proletarischen Gesundheitsdienstes. Als Adresse der BL wurde in mehreren Rundschreiben angegeben: Berlin N. 20, Pankstraße 60. Ebenso bei dem für Finanzen zuständigen Willi Buggert, Vgl. z.B. StaHB 4,65-1286, Bl. 74/5c; ebenso: StaHB 4,65-1286/5d, Bl.75-80. Vgl. auch Pol.B Nr. 3796/24 geh., StaHB 4,65-1286/25, dort als Anl. 6 kurz dargestellt.

²⁷⁰ StaHB 4,65-1286/8, Bl. 112f., als Abschr. zu Pol.B v. 13.12.1924.

²⁷¹ Ebd. Lt. Schuster, S. 28 abgedruckt in AZ Nr. 45 v. 22.9.1924. Ders. berichtet, daß ähnliche Schreiben später auch zwischen lokalen Stellen gewechselt und publiziert wurden, z.B. in der AZ Nr. 77 v. 29.10.1924.

²⁷² StaHB 4,65-1286 Pol.Dir. Bremen, N.-Stelle v. 2.10.1924, hier nach Schuster, S. 29, Anm. 44.

te spontan aus der Arbeiterschaft heraus die Gründung einer Ortsgruppe des RFB.²⁷³

Der Aufbau der neuen Organisation begann planmäßig in Großthüringen und Halle-Merseburg²⁷⁴ innerhalb eines Zeitraums propagandistischer Schwerpunktarbeit, in der ‘Antikriegswoche’ vom 31. Juli bis 4. August 1924.²⁷⁵ Am 28. August folgte Berlin und drei Tage später Braunschweig.

Die zahlenmäßige Entwicklung des RFB ist aufgrund der häufig zweifelhaften Erhebung des statistischen Datenmaterials bzw. der Profilierungswünsche oder Hoffnungen regionaler Führer lediglich als Tendenz zu werten.²⁷⁶ Am 23. September 1924 gibt der *Bericht über die Gründung des Roten Frontkämpfer-Bundes*²⁷⁷ nach „den Berichten aus den Bezirken“ als ‘Stand der Gründungen bis zum 1. September’ folgende Auskunft:

„Halle-Merseburg Großthüringen	71 Organisationen ca. 2.500 Mitglieder Ortsgruppen in Arnstadt, Berka, Kamburg, Erfurt, Gisbershausen, Greusen, Heringen, Hildburghausen, Jena, Ingersleben, Martinrode, Mühlhausen, Nordhausen, Pössneck, Rudolstadt, Saalfeld, Salza, Schnedt, Sonneberg, Weimar; Mitgliederzahl ca. 2.000. Dazu kommen 15 Ortsgruppen der Jugendorganisation, der Rote Jungsturm, mit ca. 2.000 Mitgliedern.
Berlin-Brandenburg	Ortsgruppen bestehen in Berlin und Treppin; Mitgliedszahl noch nicht festzustellen, aber gering.
Lausitz	Ortsgruppen in Kottbus, Finsterwalde, Niesky, Senftenberg und Ströbitz, Guben; Mitgliedsstand in Guben 150, in den anderen Ortsgruppen noch nicht festgestellt.
Ostpreußen	7 Ortsgruppen mit ca. 800 Mitgliedern.
Ostsachsen	Gründung der Ortsgruppe Dresden gemeldet; weiter Nachrichten fehlen.
Erzgebirge-Vogtland	Gemeldet die Ortsgruppen Chemnitz, Plauen, Hertha mit ca. 600 Mitgliedern; Rohna und Rosswein; Mitgliedszahl nicht gemeldet.
Niedersachsen	Ortsgruppen in Braunschweig, Hannover, Holzminden, Lauterberg und Wolfenbüttel; Mitgliedszahl nicht gemeldet.
Mecklenburg	Ortsgruppen gegründet; nähere Mitteilungen fehlen noch.
Pommern	Ortsgruppen sind gegründet; Näheres fehlt.

²⁷³ AZ Nr. 77 v. 29.10.1924, zit. nach Schuster, S. 29, Anm. 44.

²⁷⁴ Finker S. 16f. sieht in diesen Bezirken die Tradition der *Proletarischen Hundertschaften* am besten entwickelt. Er beruft sich bei dieser Darstellung auf: Werner Fritsch: Zur Gründung und Entwicklung des Roten Frontkämpferbundes in Thüringen (1924-1926). In: Mg., 1965, H. 3, S. 299f.

²⁷⁵ *Der Kämpfer*, Organ der KPD-Sektion der KI - Bezirk Sachsen, v. 18.7.1924 [abgedruckt bei Weber, H. (Hrsg.), *Der deutsche Kommunismus*; Dokumente Köln-Berlin, 1963; hier nach Schuster, S. 25, Anm. 28] benennt die ‘Antikriegswoche’. Ebenso setzt die politische Polizei die Gründung des Bundes für den 31. Juli des gleichen Jahres an (LAS 301-4546; II G. 5757, v. 12.9.1924). Im folgenden Monat bekam der erst im Werden begriffene Bund bereits seine zentrale Leitung in Berlin.

²⁷⁶ Bereits der Jahresbericht der Bundesleitung des RFB für 1925 (*Der Weg des RFB bis Halle*) vermerkte: „Die auf der ersten Konferenz von den Gauleitern angegebenen Zahlen der Bewegung entsprachen bei weitem nicht dem wirklichen Mitgliederstand und den Verhältnissen in den Gauen. [...] Auch die zur II. Reichskonferenz von den Gauleitern gegebenen Jahresberichte, die meist äusserst unvollständig und mangelhaft sind zeigen, dass auch heute noch leider die Mehrzahl der verantwortlichen Gauleiter kein klares Bild über den Stand der Bewegung in ihren Gauen haben.“ Derartige Klagen wiederholen sich in der Geschichte des RFB ständig. So beispielsweise auch auf der Führersitzung des RFB im Dezember 1927, als bemängelt wurde, daß die Abrechnungen durchweg nicht stimmten (LAS 301-4548).

²⁷⁷ SFAPMO FBS 310/13141, I 4/2/1, Bl. 10-14, Titelseite (Bl. 10) mit 2 Marken versehen.

Baden Ortsgruppen in Mannheim, Heidelberg und Karlsruhe;
Mitgliedsbestand fehlt.
Nord- und Südbayern sind Gründungen vorläufig unmöglich.

Folgende Bezirke haben Gründungen bis jetzt noch nicht gemeldet:

Oberschlesien
Magdeburg-Anhalt
Wasserkante
Nordwest (Gründung erfolgt in dieser Woche)
Ruhrgebiet
Niederrhein
Mittelrhein
Hessen-Waldeck
Hessen-Frankfurt
Rhein-Saar und
Württemberg.

(aber auch in diesen Bezirken erfolgen die Gründungen in diesen Tagen)²⁷⁸

Die geringe Zuverlässigkeit dieses Zahlenmaterials soll ein kurzes Beispiel demonstrieren. Die Zahlen aus dem Bericht zur 3. Reichskonferenz 1926 gaben für den Januar 1925 255 Ortsgruppen mit ca.15.000 Mitgliedern an. Die Zahl der Ortsgruppen soll vom November/Dezember 1924 bis Januar 1925 im Gau Berlin Brandenburg von 23 auf 15, im Gau Thüringen von 53 auf 21 und im Gau Wasserkante von 29 auf 22 zurückgegangen sein.²⁷⁹ Im Gau Wasserkante sollen demnach im Dezember 1924 29 Ortsgruppen bestanden haben. Die wiederholten Nachfragen des Reichsinnenministeriums an die politische Polizei der Länder nach Informationen über Gründungen von Ortsgruppen wurden bis zum November negativ beantwortet.²⁸⁰ Am 15. November 1924 ist eine Gründungsversammlung in Pinneberg aktenkundig²⁸¹ und am 15. Dezember wurde von Vorbereitungen zur Gründung in Kiel berichtet. Gründungen von Ortsgruppen in Altona-Wandsbek und Großraum Hamburg wurden erst am 20. Januar 1925 gemeldet.²⁸² Ein eventuell vorhandener Zweifel an der Qualität polizeilicher Beobachtungen kann in diesem Zusammenhang zwar nicht hundertprozentig ausgeräumt, doch durch den Brief der BL vom 8. November 1924 und der eigenen Kritik an den Zahlen (auf der 3. Reichskonferenz 1926) tendenziell zerstreut werden. Die Abschnitte über die regionale Entwicklung im Gau Wasserkante und Bremen sprechen eine deutliche Sprache (s. dort).

²⁷⁸ Finker, S. 18f., der sich offenbar auf diesen Bericht stützt, spricht dagegen von 121 Ortsgruppen, die sich auf neun Gauen verteilen: Halle-Merseburg (71), Thüringen (20), Berlin-Brandenburg (2), Lausitz (6), Ostpreußen (7), Ostsachsen (Dresden) (1), Erzgebirge-Vogtland (6), Niedersachsen (5), Baden (3). Als Quelle gibt Finker an: IML,ZPA,81/1/1042. Da die Akten neu gekennzeichnet wurden, konnte der Autor den konkreten Nachweis der Quellenüberschneidung nicht führen. Zur Darstellung der Anfangsphase der einzelnen Bezirke s. Schuster, S. 34ff.

²⁷⁹ Finker, S. 27, Anm. 53 verweist auf IML, ZPA, 81/1277. Ergänzend zu den Anfängen aus Thüringen eine zusätzliche Widersprüchlichkeit: 1926 erklärte die BL, daß die Geschichte des RFB dort „bis zum Januar 1925 überhaupt in völliges Dunkel gehüllt“ sei, „da keinerlei Angaben vorliegen“ (vgl. Schuster, S. 34).

²⁸⁰ Im Altonaer Polizeibericht, LAS 301-4546/24, Tgb.Nr. P.2. 771, heißt es am 10.10.1924: „weder im Polizeibezirk Altona-Wandsbek noch in Hamburg bislang [...] Bildung einer Ortsgruppe des Roten Frontkämpferbundes [...] Dem Vernehmen nach soll aber in allernächster Zeit damit zu rechnen sein.“

²⁸¹ LAS 301-4546, I.Nr. L.13410 v. 11.12.1924. Dort heißt es „am 15. v.Mts. hat in Pinneberg eine öffentliche Gründungsversammlung des Roten Frontkämpferbundes stattgefunden, zu der nur 2-25 Pers. größtenteils Jugendliche, erschienen waren. Wegen der geringen Beteiligung wurde eine Vorstand nicht gewählt.“

²⁸² LAS 301-4546/25, Tgb.Nr. P.2. 82, Pol.B Kirchner.

Der schwerfällige Aufbau der Organisation wurde von der DDR-Geschichtsschreibung im wesentlichen der Fischer-Maslow-Zentrale angelastet.²⁸³ Entscheidender aber waren andere Ursachen. So waren die Mitglieder der provisorischen BL, Seeman und Kakies, nicht nur mit ihrer Aufgabe überfordert, sie sollen sich darüber hinaus auch an Geldern des Bundes bereichert haben.²⁸⁴ Außerdem (und vor allen Dingen) existierten die unterschiedlichsten Konkurrenzängste innerhalb der kommunistischen Organisationen. So befürchteten viele in einem zusätzlichen zentralen Bund eine Konkurrenz für die Partei.²⁸⁵ Darüber hinaus sahen Reste der militärischen Organisationen der Partei ebenso wie die verschiedenen Ordnerdienste (OD) ihre Positionen in Gefahr. Besonders letztere waren nicht selten Gegner der Zentralisierung und fürchteten um ihre Unabhängigkeit oder verknüpften andere, z.B. auch anarchosyndikalistische Vorstellungen mit der Zukunft ihrer eigenen Gruppe.

Eine Weisung der M-Leitung in der Parteizentrale zum Übertritt der Mitglieder des OD in den RFB wurde nach einem Bericht des Reichskommissariats ebenso zögernd befolgt wie bei den *Hundertschaften*.²⁸⁶ Besonders dieser Personengruppe wurde eine „Überheblichkeit“ und „ein gewisses Überlegenheitsgefühl des ‘Soldaten’ über den ‘Zivilisten’ in der Partei“ nachgesagt.²⁸⁷ Soldaten als Avantgarde der Revolution stellten auch auf Seiten der Linken keine Neuheit dar. War die deutsche Arbeiterschaft bereits in den Spartakusbriefen als die Elitetruppe des deutschen Proletariats bezeichnet worden,²⁸⁸ avancierten die Soldaten der Revolution nach den eigenen revolutionären Erfahrungen besonders durch die Rote Armee Sowjet-Rußlands zur Elite der Elite. Da „strenggenommen“ im Weimarer Staat „nur zwei politische Kampfverbände“ existierten, „die man als ‘Parteiarmeen’ bezeichnen könnte, die SA der Nationalsozialisten und der RFB der Kommunisten“,²⁸⁹ liegt ein Vergleich nahe. Schuster zieht zwar den Schluß, daß „ein der SA vergleichbares Elitebewußtsein im RFB gar nicht erst aufkommen konnte“, hält den Gedankengang jedoch, „zumindest für die untere Funktionärschicht“, als „allzu naheliegend, als daß es nicht auch im RFB, im Verhalten und in den Äußerungen seiner Mitglieder zu finden“ gewesen wäre.²⁹⁰

In einem *Bericht an die Delegierten der Gaukonferenz* des RFB Wasserkante vom 25. Juli 1925²⁹¹ wurde die Schwerfälligkeit der Gründungen im Reich²⁹² den Eigenwilligkeiten der Bezirke zugeschrieben, die „nach eigenem Ermessen und Gutdünken beim Aufbau des RFB“ vorgegangen seien.²⁹³

²⁸³ Ulbricht, W., *Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Bd. 4, S. 39 (hier nach Schuster, S. 30; Dünow, S. 25; Schuster, S. 29 verweist auf Lohse, S. 17 u. 51; Finker, S. 16).

²⁸⁴ Am 17.12.1924 mußten beide zurücktreten und wurden durch die 1. Reichskonferenz am 1. Februar 1925 ausgeschlossen, vgl. Schuster, S. 30f.

²⁸⁵ Z.B. in Bayern und im Ruhrgebiet, vgl. Finker, S. 20.

²⁸⁶ Schuster, S. 31 verweist auf StaHB 4,65-1245, RKo. I.Nr. 107 v. 11.10.1924, Bl. 16 und StaHB 4,65-1243, Bl. 23f., RKo. I.Nr. 113 v. 15.9.1925.

²⁸⁷ Schuster, S. 31. Lt. Schuster, S. 32 verschwand der OD „jedoch nie gänzlich aus dem Blickfeld der mit der militärischen Organisation betrauten Führer“. Im Sommer 1927 wurde dessen Wiederbelebung erwogen, als ein Verbot des RFB offen diskutiert wurde. Schuster verweist auf StaHB 4,65-1243 Bl. 35, Lagebericht d. Pol.Präs IA Berlin v. Juli 1927.

²⁸⁸ Spartakusbriefe, S. 315, Spartakus Nr. 4 v. April 1917, hier nach Schuster, S. 48.

²⁸⁹ Schuster, S. 72.

²⁹⁰ Ebd., S. 73.

²⁹¹ LAS 301-4546/18c, Anlage zu Tgb.Nr. P.2. 932/25.

²⁹² Laut Mitteilung der BL wurden folgende Ortsgruppen gegründet: Halle (Juli 1924), Berlin (Oktober 1924) Stettin und Hamburg (September 1924), Rostock (November 1924), Kassel (Oktober 1924), Breslau, Gleiwitz (Februar 1925).

²⁹³ Diese Behauptung wurde fast wörtlich von Lohse, S. 71 übernommen, vgl. Schuster, S. 29, Anm. 44. Zum

In einem Brief der Zentrale an die Bezirksleitung Wasserkante vom 8. November 1924 (s. Kap. 2.2.2) hieß es zum Verhältnis RFB - OD, daß, wenn der RFB

„auch nicht die Organisation ist, welche die kommende Entscheidung herbeiführt, so können wir uns aber immerhin die zweiten Reserven daraus bilden, und die Unterorganisation des RFB, der Jungsturm, kann doch so herangebildet werden (und soll es auch), daß er stets als aktive Kampforganisation da eingesetzt wird, wo es not tut, also wird er nach den jeweiligen Verhältnissen sofort der M-Leitung unterstellt und verfügt dann ausschließlich nur der O-D-L[eiter] darüber, wann, wo und wie er sich zu betätigen hat unter der Leitung von bewährten O-D-Funktionären.“²⁹⁴

Um eine gewisse Tendenz der organisatorischen Entwicklung des RFB aufzuzeigen, kann die Übersicht in Tabelle 1 trotz des fragwürdigen Zahlenmaterials, eine Hilfe bieten. Die Mitgliederstärke stieg von 40.450 Personen (davon 49% parteilos) im April 1925 auf rund 150.000 im November 1928.²⁹⁵ Der stete Anstieg setzte sich von 68.392 im Januar 1926 auf 107.444 im Januar 1927 fort. Im Gegensatz dazu wiesen die Steigerungsraten der RJ lediglich 100% von 11.800²⁹⁶ im April 1925 auf 27.000 im März 1928 auf.²⁹⁷

Zur Gründungsgeschichte des RFB gehörten auch verschiedene Behinderungen durch die Besatzungstruppen. Im Ruhrgebiet waren alle drei Siegermächte an Einschränkungen beteiligt, während Verbote von Aufmärschen mit Spielmannszügen für die französische, zur Bundeskleidung für die belgische und für Aufmärsche und Uniformierung in der britischen Zone galten.³⁰⁴ Im Saargebiet gab es Schwierigkeiten durch die französische Besatzungsmacht und in Bayern durch die rechte Landesregierung (die Gründung erfolgte erst im Juni 1928).

Vorgesehen war eine Ausbreitung der Roten Frontkämpferorganisation von den großen Städten zur jeweils kleineren regionalen Einheit, also in die Kleinstädte und Dörfer, ein Vorhaben, das sich nur ansatzweise verwirklichen ließ. Besonders die Gewinnung der

Tab. 1 Ortsgruppenentwicklung nach unterschiedlichen Quellen

Datum	RFB-Dokument	Finker	Dünow (S. 28)
01.01.25	255 ²⁹⁸	255 ²⁹⁹	266
01.04.25	558	558 ³⁰⁰	558
01.06.25	826		
01.01.26	1.275	1.200 ³⁰¹	1.237
01.01.27	1.611	1.611 ³⁰²	1.608
01.03.28	1.629		
01.11.28	1.760 ^{c303}		

Widerstand in den Landesverbänden vgl. auch Wunderer, S. 85f.

²⁹⁴ LAS 301-4546/R2.

²⁹⁵ Ebd. Für März 1928 gibt Finker, S. 152 rund 148.500 (davon 35,6% parteilos) mit Hinweis (Anm. 79) auf ZSta, RKO, Nr. 544, Bl. 1f. (BF-Bericht zur 5. Reichskonferenz).

²⁹⁶ Stichtag 1.3.1925 lt. Finker, S. 84, Anm. 61: IML,ZPA, 81/1324.

²⁹⁷ Finker, S. 149. Für Ende 1925 werden lt. Finker, S. 84 (Anm. 61 verweist auf: IML,ZPA, 81/1324) rund 12.500 vermerkt.

²⁹⁸ *Der Weg bis Halle*, März 1926.

²⁹⁹ Finker, S. 27 verweist auf: IML, ZPA, 81/1277.

³⁰⁰ Ebd., S. 38 verweist auf: IML, ZPA, 81/1/1135.

³⁰¹ Ebd., S. 82, Anm. 49 und S. 122, Anm. 10 verweist auf: IML, ZPA, 81/1324 (4. Reichskonferenz).

³⁰² Ebd., S. 82, Anm. 49 verweist auf: IML, ZPA, 81/1324 (Zahlenangaben a.d. Bericht zur 4. Reichskonferenz, da Angaben a.d. Bericht zur 3. Reichskonferenz zu unpräzise).

³⁰³ Finker, S. 191.

³⁰⁴ *Bericht u. Protokoll der 3. Reichskonferenz*, März 1926, Kamerad Schmitz, Mittelrhein (LAS 301-4547/11A, S. 19).

Landbevölkerung war aufgrund einer schwerfälligen Landagitation in der Regel nicht erfolgreich.³⁰⁵

2.4

³⁰⁵ Finker, S. 20 u. 152.